

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Pettizeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 207.

Donnerstag, den 5. September 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Stuttgarter Kongress.

Von R. Kautsky.

Die Stuttgarter Tage bildeten eine stolze Heerschau des internationalen Proletariats, erhebend und anfeuernd für jeden, dem es vergönnt war, ihnen beizuwohnen. Aber sie bedeuteten noch mehr. Auf dem jüngsten internationalen Kongress dokumentierten die Arbeiterbataillone aller Länder nicht bloß eine Stärke und Entschlossenheit, wie sie bisher noch nicht bekundet worden, sie schmiedeten dort auch neue Waffen von auserlesener Wirksamkeit, die unseren Vormarsch wesentlich erleichtern und beschleunigen werden.

Das gilt vor allem von der Resolution über die Militärfrage, den Kernpunkt des Kongresses, aber nicht minder von den Entscheidungen der übrigen Fragen, die dort behandelt wurden. Nirgends begnügte man sich mit schöner Rhetorik oder vagen Sätzen, die jedem erlauben, sie nach Belieben auszulegen. Allgemein wurde diesmal der Standpunkt verlassen, der noch in Amsterdam so viele Vertreter fand, als hätten die internationalen Kongresse nicht das Recht, bestimmte Regeln des Handelns für die sozialistischen Organisationen der einzelnen Länder aufzustellen. Für jeden der fünf Punkte der Tagesordnung wurden solche Regeln, und oft sehr eingehende, festgesetzt. Nicht weil seit Amsterdam diktatorische Gelüste in den Proletariaten einzelner Nationen erstanden und gewachsen wären, auch nicht, weil man eine Zentralgewalt gebildet hätte, die imstande wäre, den Beschlüssen der internationalen Kongresse Geltung zu verschaffen, sondern weil die proletarischen Bewegungen der einzelnen Länder nicht nur in ihren Grundzügen, sondern auch in ihrer Praxis einander immer näher gekommen sind.

Fast jede der schließlich angenommenen Resolutionen wurde einstimmig votiert. In der Gewerkschaftsfrage machte nur ein Teil der französischen Genossen Vorbehalte, die aber nicht theoretischer, sondern bloß praktischer Natur waren. Sie erkannten den Standpunkt der Mehrheit als richtig an, erklärten aber, es hieße den Frieden zwischen Partei und Gewerkschaft in Frankreich gefährden, wollte man dort diese Resolution sofort in die Praxis umsetzen. Andererseits waren die deutschen Genossen in der Militärfrage etwas isoliert; aber ebenfalls nicht wegen tiefergehender grundsätzlicher Gegensätze zwischen der deutschen und der übrigen Sozialdemokratie, sondern bloß deswegen, weil sie zweifelten, ob sie unter den besonderen Verhältnissen Deutschlands imstande seien, das Ziel der Erhaltung des Friedens auf dem Wege zu erreichen, den die große Mehrheit der anderen Nationen für geboten hielt.

Diese Einmütigkeit bildete das vornehmste Merkmal des jüngsten Kongresses; ebenso bedeutend aber erscheint mir die Tatsache, daß von der führenden Rolle, die bisher die deutsche Sozialdemokratie in der neuen Internationale tatsächlich einnahm, diesmal nichts mehr zu merken war — sie hat ein Ende gefunden gerade auf dem ersten Internationalen Kongress, der auf deutschem Boden stattfand.

Seit den Ereignissen von 1870 und 1871 war der Schwerpunkt der internationalen sozialistischen Parteien von England und Frankreich nach Deutschland gegliedert, nicht weil die deutsche Sozialdemokratie nach einer Hegemonie in der Internationale strebte — nichts lag ihr ferner —, sondern weil die Verhältnisse die proletarische Bewegung Deutschlands aufs rascheste anwachsen und erstarken ließen, während sie die Englands und Frankreichs zu einer gewissen Stagnation verurteilten; hier zu einer zünftigen Verkörperung der Gewerkschaften führten, dort Sektiererei, Spaltungen, Schwäche der gewerkschaftlichen Bewegung, unsicheres Experimentieren mit neuen Modereischeinungen, heute mit dem Boulangerismus, morgen mit dem radikalsozialistischen Ministerialismus, hervorriefen. Wenn dagegen die deutsche Sozialdemokratie gleichzeitig rasch an Kraft zunahm, verdankte sie das vor allem der raschen ökonomischen Entwicklung des Reiches, das nicht nur Frankreich, sondern auch England überholte; sie verdankte das aber auch der Marxschen Theorie, die ihr einen sicheren Leitstern bot, der den proletarischen Bewegungen Englands und Frankreichs wenn auch nicht ganz fehlte, so doch ungenügend bekannt war. Wohl ist der wissenschaftliche Sozialismus nicht ein rein deutsches Erzeugnis. Schon vor mehr als zwei Jahrzehnten habe ich in der „Neuen Zeit“ ausgeführt, daß die revolutionären Erfahrungen Frankreichs, die kapitalistischen Erfahrungen Englands an seiner Entstehung ebenso beteiligt waren wie das methodische Denken, das aus der Philosophie Deutschlands hervorging. Nur Männer, die in England

und Frankreich ebenso zu Hause waren wie in Deutschland, die das Wissen aller dieser Länder beherrschten, konnten den wissenschaftlichen Sozialismus begründen.

Aber trotz dieses internationalen Ursprungs wurde der wissenschaftliche Sozialismus oder Marxismus am ehesten von den Proletariaten Deutschlands aufgenommen, in deren Sprache seine Hauptmerkmale erschienen, und deren Denken wie das der Deutschen überhaupt damals noch leichter der Erkenntnis umfassender Zusammenhänge zugänglich war, weil sie lange Zeit hindurch weniger als Engländer und Franzosen durch praktische Augenblickspolitik absorbiert wurden.

Schuf die ökonomische Entwicklung in Deutschland ein starkes Proletariat, so gab die Marxsche Lehre diesem die Fähigkeit, eine klare und einheitliche Politik ohne Schwankungen und Strungen zu verfolgen, und die Einheitlichkeit der Theorie schuf die Möglichkeit der Einheitlichkeit der Organisation großer Massen, die nicht gelegentlich für die Erreichung der einen oder der anderen Forderung, sondern für die Durchsetzung eines großen, weit umfassenden Programms dauernd zusammengeschweißt wurden.

Daher die Überlegenheit der deutschen Sozialdemokratie über die proletarische Bewegung Englands und Frankreichs in den Siebziger-, Achtziger- und auch noch in den neunziger Jahren; daher auch die Rolle, die sie als Vorbild und Lehrer jeder sozialistischen Partei spielte, die seit den siebziger Jahren entstand; daher das Übergewicht, das sie auf den nationalen Kongressen seit der Begründung der neuen Internationale tatsächlich besaß, ohne daß sie es in irgend einer Weise angestrebt hätte. Der Stuttgarter Kongress ist der erste seit dem Jahre 1889, auf dem dieses Übergewicht nicht mehr in Erscheinung tritt.

Es bestand noch in Amsterdam. Noch war damals der französische Sozialismus gespalten, der englische Sozialismus anscheinend ohne Einfluß auf die Massen, ebenso der amerikanische und in Rußland der Zarismus noch erschüttert, eine offene Massenagitation im Proletariat unmöglich. Wie hat sich das alles seitdem geändert! Und nicht nur die Macht, auch das theoretische Verständnis der proletarischen Parteien des Auslandes ist überraschend gewachsen.

So sind wir jetzt in eine neue Epoche der Internationale getreten. Wurde die erste Internationale von England aus geleitet, hatte die zweite bisher ihren tatsächlichen Schwerpunkt in Deutschland, so besteht seit dem Stuttgarter Kongress neben der formellen Gleichberechtigung aller proletarischen Bewegungen auch die tatsächliche Gleichwertigkeit der wichtigsten unter ihnen; eine Gleichwertigkeit, die nicht auf einem Zurückbleiben der deutschen Sozialdemokratie, sondern auf einem rascheren Wachstum der bedeutendsten der ausländischen beruht, eine Gleichwertigkeit, die nicht zur Zersplitterung führt, sondern zu wachsender Harmonie und Geschlossenheit, weil sie auf dem Wachstum aller in gleicher Richtung beruht und weil sie allen Eiferjüchteleien ein Ende macht, die im stillen manche kleinere Organisation des Auslandes hie und da hegten, wenn sie die Überlegenheit der deutschen Sozialdemokratie bedrückend empfanden.

Diese selbst hat darum das Schwinden ihrer Überlegenheit aufs freudigste zu begrüßen; entspringt es doch nicht einem Schwinden ihrer eigenen Kraft, sondern dem raschen Zunehmen der Kräfte ihrer Brüder. Die Gleichwertigkeit der sozialdemokratischen Organisationen aller großen Kulturländer, sie erst bietet die feste Grundlage, die jeden unserer Fortschritte zu einem allgemeinen und unzerstörbaren macht.

Mit Dernburg in Ostafrika.

1. „Deutsch“-Ostafrika den Deutschen.

„Mit“ Dernburg bereist Herr Emil Zimmermann Ostafrika und sendet einer Reihe von gutgefeimten bürgerlichen Blättern Berichte über seine Erlebnisse. Von Dar-es-Salaam, 8. August, schreibt er u. a.:

Noch ein Wort über die Arbeit der Bahngesellschaft. Da die Bahn mit Reichsgarantie gebaut wird, hätte man erwarten sollen, daß die den Bau ausführende Firma verpflichtet worden wäre, deutsche Ingenieure und Aufseher zu beschäftigen. Das scheint nicht geschehen zu sein. Der Oberingenieur ist Grieche, der Abteilungschef auf dem Streckenbau gleichfalls; übrigens ist dieser, Herr Scutari, ein feingebildeter in Deutschland erzogener Mann, der meine persönlichen Sympathien gewann. Das kann mich aber nicht veranlassen, irgend etwas zu unterdrücken. Die Lieferungen für die Bahn scheinen mehr als zu viel in griechische Hände zu gehen; als Aufseher auf der Strecke fand ich Griechen, Italiener, Levantiner, selbst einige englische sprechende Herren. Deutsche nur wenige. Möglichenfalls arbeiten jene Herren billiger; aber wenn

unser überseeische und Kolonialpolitik nur fremden Völkern zugute kommen soll, dann wird das deutsche Volk lieber darauf verzichten.“

2. Die Küstenschiff aber schreie: „Wir wollen keine Preußen sein!“

Ein von Scherl gestellter Reisebegleiter Dernburgs in Ostafrika aber erzählt, wie beim Kolonialsekretär die Beschwerdeführer ein- und ausgehen:

Ein dritter ist empört, daß ein Großunternehmer als Aufseher seiner farbigen Arbeiter Griechen lieber anstellt als Deutsche, weil die ersteren nach seiner Erfahrung mit diesen besser fertig werden als unsere ungeduldigen, heftigen und für das dem Küstenschiff wenig sympathische militärisch-korrekte schwärmenden Landsleute.

Mit dem Unteroffizierston unserer lieben „ungeduldigen, heftigen, für das Militärisch-Korrekte schwärmenden Landsleute“ kann man also den Küstenschiff nicht bekommen. Kein Volk der Welt verträgt preußisches Regiment, ausgenommen das deutsche allein! Also, erheben wir uns auf die Stufe der Küstenschiff, dann werden auch wir anstatt unserer ungeduldigen heftigen Landsleute milde und geduldige Griechen zu Aufsehern bekommen.

Und dann werden unsere teuren Patrioten Podbielski und Tippelskirch auch griechisch. Oder sind sie es am Ende schon im geheimen?

Politische Rundschau.

Deutschland.

Sinaus mit der Sozialdemokratie!

Nämlich aus den Parlamenten, in erster Linie aus dem Reichstag. Diese Forderung haben reaktionäre Politiker schon oft erhoben. In ihr gipfeln auch die Ausführungen, die ein Herr R. Eichhorn über „Wahlrecht und Volksvertretung“ in einer im Verlage von R. Georgi, Bonn, erschienenen Flugchrift macht, dessen wesentlichen Inhalt die „Deutsche Tageszeitung“ mitteilt. Der Verfasser geht von der Meinung aus, daß der Einfluß des Wahlrechts auf die politischen Zustände eines Landes zweifellos sehr überschätzt werde. Er glaubt darin mit dem Fürsten Bismarck übereinzustimmen und behauptet, daß man dem Wahlrecht ganz unerfüllbare und unlösbare Aufgaben stelle, wenn man fordere, daß alle Personen und alle Interessen ihre verhältnismäßige Vertretung im Parlamente finden müßten; außerdem vergesse man bei diesem Gedankengange, daß der bloßen Vertretung eines politischen Interesses im Parlamente praktische und große Bedeutung nicht zukomme, da die Volksvertretung kein objektives Richterkollegium sei, sondern von der Stimmung der Mehrheit geleitet werde. Deshalb sei der Gedanke eines Verhältnismahlrechts zwar in der Idee gut, in der Praxis aber doch ohne erhebliche Bedeutung. Zur Befriedigung der wirklichen Bedürfnisse komme es weniger darauf an, daß in einem Parlamente alle Volkskreise vertreten seien, als vielmehr darauf, daß eine Vertretung zu Stande komme, die praktische Arbeit im Volksinteresse leisten könne. Wenn sie das aber tun solle, so müsse sie alle Elemente, welche auf die Störung, Aufhebung oder gewalttätige Revolutionierung der Staatsordnung ausgehen, von sich ausschließen. ... Wären die Sozialdemokraten aus dem Reichstage heraus, so würden nach seiner Überzeugung die Mehrzahl der Mängel, die man heute dem Reichstagswahlrecht nachsagt, mit einem Schlage beseitigt sein. Er hält es für die unbedingte Pflicht des Staates, vor allem die Gesetzlosigkeit der sozialdemokratischen Ziele festzustellen und die Sozialdemokraten von der Volksvertretung auszuschalten. Außerdem sollen nach seiner Auffassung dem Reichstagswahlrecht gewisse Gegengewichte gegeben werden, zum Beispiel Diätenlosigkeit, Öffentlichkeit der Wahlen, ein Sozialistengesetz, härtere Fühlung und bessere Weisung des Volkes durch die Organe der Regierung. Das „vielverleumdete“ preussische Wahlrecht scheint dem Herrn Eichhorn viel besser zu wirken als das Reichstagswahlrecht „in seiner jetzigen, gegengewichtslosen Ausstattung“. Es habe dem preussischen Volke eine Volksvertretung gegeben, die sich über ein halbes Jahrhundert lang bewährt habe!!!

Solche Töne klingen selbstverständlich lieblich in den Ohren aller Reaktionäre. Wenn die Vertreter der schaffenden Volksmassen aus dem Reichsparlament verschwinden, dann könnten die Mandatäre des Befehles so recht aus dem Vollen wirtschaften und auch die Gesetzgebung völlig in den Dienst der kapitalistischen Reichtumschöpfung stellen. Aber so einfach, wie sich der Herr

Eichhorn es vorstellt, ist das Problem des Hinabwurfs der Sozialdemokraten nicht zu lösen. Dafür ist das Proletariat heute ein viel zu bedeutender wirtschaftlicher, wie infolge dessen auch politischer Faktor geworden. Die Streiffrage dreht sich deshalb ja heute auch nicht um eine Einschränkung, sondern um eine Erweiterung der Volksrechte. Der Versuch, durch obige Forderungen den Erweiterungsbestrebungen ein reaktionäres Gegengewicht zu geben, scheitert an dem Gewicht der Tatsachen.

Der Stand der Reichsfinanzen.

Dem „Reichsanzeiger“ zufolge haben sich nach dem Finalabschluss der Reichshauptkasse, abgesehen von den auf die außerordentlichen Deckungsmittel angewiesenen Ausgaben die Ergebnisse des Reichshaushalts 1906 im Vergleich zum Etat folgendermaßen gestaltet: Beim Reichstage waren 1 430 000 Mk. mehr erforderlich, für das Auswärtige Amt einschließlich Kolonialverwaltung ergab sich eine Mehrausgabe von 566 000 Mk., Reichsamt des Innern eine Weniger Ausgabe von 1 943 000 Mk. Für das Reichsheer waren bei den fortwährenden Ausgaben 2 807 000 Mk., bei den einmaligen 452 000 Mk. mehr erforderlich. Diesen Mehrausgaben steht eine Mehreinnahme von 680 000 Mk. gegenüber, so daß das Gesamtergebnis beim Reichsheer sich gegen den Etat um 2 579 000 Mk. ungünstiger stellt. Bei der Marinereform schließen die fortwährenden Ausgaben mit 1 491 000 Mk., die einmaligen mit einem Mehraufwand von 452 000 Mk. ab. Bei den Fonds des Reichsschatzamtis bezieht sich die Minderausgabe auf 22 180 000 Mk. Die Verwaltung der Verzinsung der deutschen Reichsschuld schloß mit einer Mehrausgabe von 5 116 000 Mk. Beim Titel Reichsinvalidenfonds entstanden insgesamt 1 310 000 Mk. Mehrausgaben. Bei den einmaligen Ausgaben der Reichspost- und Telegraphenverwaltung sind 229 000 Mk. als ungenutzt in Abgang gekommen. Insgesamt bleiben die Mehrausgaben hinter den Minderausgaben um 11 286 000 Mk. zurück. Die Einnahme an Verbrauchsabgabe für Branntwein sowie an Reichs- und Branntweinsteuer, deren Keinertrag den einzelnen Bundesstaaten zu überweisen ist, blieb um 3 555 000 Mk. hinter dem Statsvoranschlag zurück, dagegen haben die Reichsstempelabgaben für Wertpapiere 5 500 000 Mk. mehr erbracht, jedoch an Überweisungssteuern insgesamt 1 945 000 Mk. mehr aufgebracht. Von den dem Reiche zustehenden Steuern um. haben Mehrerträge gebracht: die Zigarettensteuer 2 687 000 Mk., die Zuckersteuer 8 404 000 Mk., die Salzsteuer 1 774 000 Mk., die Schanweinsteuer 474 000 Mk., die Brausteuer 10 844 000 Mk., der Spielkartenstempel 71 600 Mk., die Wechselstempelsteuer 2 407 000 Mk., der Frachtmarkenstempel 114 000 Mk., die staatliche Gebühr 145 000 Mk. Gegen den Voranschlag zurückgeblieben sind: die Zölle um 3 654 000 Mk., die Tabaksteuer um 900 000 Mk., die Reichsstempelabgaben für Personalausweise um 12 437 000 Mk., für Erlaubniskarten für Kraftfahrzeuge um 816 000 Mk., und für Vergütungen an Mitglieder der Aufsichtsräte um 4 598 000 Mk. sowie die Erbschaftsteuer um 3 891 000 Mk. Bei der Branntweinsteuer, die in der Gestalt von Vergütungen für ausgeführten oder zu gewerblichen Zwecken verwendeten Branntwein wieder zur Veranlagung gelangt, sind für diesmal 1 623 000 Mk. mehr veranlagt als veranlagt worden. Von den Betriebsverwaltungen hat nur die Reichsbahnverwaltung bei einer Mehreinnahme von 10 243 000 Mk. und einer Mehrausgabe von 5 515 000 Mk. ein Mehr und zwar in Höhe von 4 728 000 Mk. abgelehrt; dagegen sind die Reichspost- und Telegraphenverwaltung bei einer Mehreinnahme von 12 881 000 Mk. gegenüber einer Mehrausgabe von 18 069 000 Mk. um 5 188 000 Mk. und die Reichsdruckerei bei einer Mehreinnahme von 1 634 000 Mk. gegenüber einer Mehrausgabe von 1 728 000 Mk. um 94 000 Mk. hinter dem Anschlage zurückgeblieben. Die Einnahmen aus dem Bankwesen stellen sich um 13 514 000 Mk. gegen den Etat höher. Die verschiedenen Verwaltungsmaßnahmen sind unter Einrechnung der oben bereits erwähnten Mehreinnahme bei der Herrschaftsverwaltung um 4 908 000 Mk. über das Etatsjahr hinausgegangen. Die Ausgleichsbeträge für die nicht allen Bundesstaaten gemeinsamen Einnahmen sind dem Mindereintrag der letzteren entsprechend um 921 000 Mk. hinter dem Etatstill zurückgeblieben. Bei der Reichs- und Landesarbeitern sind, wie oben erwähnt, 1 945 000 Mk. Mehretrag aus den Reichsfinanzabgaben vom Soll im Abgang geblieben worden. Hiernach sind an ordentlichen Einnahmen, soweit sie dem Reiche zustehen, im ganzen 15 948 000 Mk. mehr aufgetrieben. Da der Ausgleichsbetrag einschließlich der vollständig aus ordentlichen Mitteln des Reichs gewährten Überweisung des Reichsinvalidenfonds von 813 000 Mk., wie oben nachgewiesen, um 11 286 000 Mk. hinter dem Voranschlag zurückgeblieben, ergibt sich für das Rechnungsjahr 1906 ein Mehretrag gegen die Voranschläge des Etats um 27 229 000 Mk. Dieser Betrag kommt gemäß § 2 des Gesetzes vom 14. Mai 1904, betreffend Änderungen im Finanzwesen des Reichs, den Bundesstaaten auf den Teil der Reichsinvalidenfonds zu, deren Erhebung nach § 4 des Gesetzes vom 31. Mai 1906 notwendig war und der gemäß mit noch 55 633 000 Mk. als Einzahlung in das Rechnungsjahr 1907 übernommen werden ist.

Von Salomo Schneider

Wird bei der Bundtags-Abendfeier Reinhard Schmidt, der „Mann mit dem goldenen Helm“, wie er sich einst so gerne nennen ließ, von polenischen Dreyen. Nachdem kürzlich schon einmal Herr Schmidt der Welt kund und zu wissen kam, daß er eine Unterredung mit dem Reichsheer geführt, machte der Telegraph wieder aus Karlsruhe, daß der Bundtags-Abendfeier Reinhard Schmidt dort angekommen und von Fürst Salomo empfangen worden sei. Wahrscheinlich will Fürst Salomo dem ersten Reichspräsidenten von Preußen-Preußen Coblenz auf die Hand legen.

Noch eine Peters-Akte!

In den „Hamburger Nachrichten“ gibt Peters bekannt, daß er nun auch gegen den Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung“ in Berlin, Herrn v. Bennigsen, Beleidigungsklage eingereicht hat. Bennigsen hatte im März 1906 in der „Kölnischen Zeitung“ berichtet: Es liege bei den Peters-Akten im Auswärtigen Amt ein Brief von Peters an den Bischof Woodwood von Manila, der denselben Inhalt habe, wie der gefälschte Zuckerbrief; es handle sich bei dem ganzen Zuckerbrief-Streit also nur um eine Namensverwechslung. Peters bezeichnet diese Angabe als eine Unwahrheit und läßt durchblicken, daß Bennigsen seine Wissenschaft von dem Geheimen Legationsrat a. D. Hellwig habe, der dieselbe Behauptung schon 1903 dem Herrn v. d. Heydt gegenüber aufgestellt habe. In dem Prozeß will Peters v. d. Heydt darüber vernehmen lassen und dann „die erforderlichen Maßnahmen gegen Herrn Hellwig ergreifen“. Herrn Hellwig wird unmittelbar der Vorwurf der Verleumdung gemacht. Peters schreibt: „Der kannte die Akten ganz genau und wenn er eine solche Behauptung ausspricht, wird er sich kaum mit Irrtümern entschuldigen können.“

Der Prozeß verspricht demnach sehr interessant zu werden.

Das Wörmann-Monopol.

Wie aus Berlin gemeldet wird, sind unter Aufhebung der bisher zwischen dem Reiche und der Wörmann-Gesellschaft bestehenden Abmachungen jetzt zwischen dieser Gesellschaft und dem Staatssekretär Derenburg als Vertreter des Fiskus neue Verträge geschlossen worden, die das Landungsweisen in Lüderbücht und Swakopmund eingehend regeln. Der Fiskus verpflichtet sich, für die Dauer der Verträge die Beförderung sämtlicher in Lüderbücht und Swakopmund für seine Rechnung ankommenden und abgehenden Personen, Güter und Tiere zwischen Schiff und Land der Wörmann-Linie zu übertragen. Beide Verträge endigen am 31. März 1909. Eine auf Wunsch der Regierung eingetretene Verlängerung auf weitere 6 Monate, als ihr das Recht zusteht, kann sich nur auf beide Verträge gemeinsam erstrecken. Über alle Ansprüche, die sich aus dem Vertragsverhältnis ergeben, soll unter Ausschluß des Rechtsweges ein Schiedsgericht entscheiden.

Die Ausländer im Deutschen Reiche.

Als weitere Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 werden in dem dritten Vierteljahrsheft zur „Statistik des Deutschen Reichs“ 1907 Nachweise über die Staatsangehörigkeit der Bevölkerung des Deutschen Reichs veröffentlicht. Hiernach waren von den 60 641 278 ortsanwesenden Personen 59 610 462 Reichsangehörige, 1 028 560 Reichsausländer, und zwar 599 320 männliche und 429 240 weibliche sowie 2256 Personen, deren Staatsangehörigkeit nicht ermittelt ist. Der Anteil der Ausländer an der gesamten Bevölkerung ist seit dem Jahre 1900 von 13,81 v. T. auf 16,96 v. T. gestiegen, also durchschnittlich jährlich um 4,2 v. H., gegen 8,2 v. H. im Zeitraum 1895 bis 1900.

Das größte Kontingent der Fremden stellt Österreich-Ungarn, denn 51,12 v. H. aller Reichsausländer, also mehr als die Hälfte, stammen aus dem Nachbarreiche. Erst im weiten Abstand folgen Rußland mit 10,37 v. H., die Niederlande mit 9,82 v. H., Italien mit 9,54 v. H. und die Schweiz mit 6,12 v. H. Diese fünf Staaten liefern zusammen sieben Axtel der gesamten Zahl der Reichsausländer. Im letzten Jahrzehnt wiesen von allen Ausländern die Russen verhältnismäßig die stärkste Zunahme auf. Ihre Zahl ist von 46 971 auf 106 639, also um 59 668 oder 127 v. H. gewachsen. Erheblich war auch die Zunahme der Angehörigen Österreich-Ungarns, deren Zahl von 390 914 auf 525 821, das heißt um 134 907 oder 34,5 v. H. wuchs, sowie die Zunahme der Italiener, deren Zahl sich von 69 760 auf 98 165, das heißt um 28 405 oder 41 v. H. erhöhte. Von den Staaten und Landesteilen haben im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl die meisten Ausländer: Elßaß-Lothringen 79 431 oder 43,77 v. T., Königreich Sachsen 161 534 oder 35,83 v. T., Bremen 872 (33,30 v. T.), Hamburg 22 855 (26,12 v. T.), Berlin 45 879 (28,96 v. T.), Rheinland 151 537 (23,55 v. T.), Baden 41 428 (20,60 v. T.), Schleswig-Holstein 30 863 (20,52 v. T.) und Bayern rechts des Rheins 113 603 (20,15 v. T.)

Rußland.

Denunzianten-Pflicht.

Der Zarische Generalgouverneur, Skalon, hat eine Verfügung erlassen, wodurch sämtliche Ärzte und Barbier verpflichtet werden, Patienten, die sich mit Schußwunden melden, sofort bei der Polizei anzuzeigen. Bei Übertretung dieser Verfügung unterliegen die Schuldigen einer Strafe bis 3000 Rubel oder 3 Monate Arrest.

Holland.

Wieder ein Kolonialkrieg. Nach amtlicher Mitteilung bezüchtigen sich die niederländischen Truppen einer Verletzung in der Landschaft Bato (Celebes). Der Feind hatte 31 tote, darunter des Hauptes des Widerstandes. Viele Hauptlinge unterwarfen sich mit ihrem Anhang.

Alien.

Wie Japan „kultiviert“. Der „Frankf. Zeitung“ wird über Amoy gemeldet: In Korea werden grausame Maßregeln gegen Eingeborene durchgeführt. Ganze Orte werden niedergebrannt und viele Verdächtige erschossen. — So „kultiviert“ Japan im fernem Osten genau nach europäischem Muster. Selbstredend halten die Koreaner nicht still. Sie nähern sich durch Ermordung japanischer Beamter.

Marokko.

Weitere Kämpfe um Casablanca. Eine außerordentlich heftige unternehmene Kämpfe gegen die spanische Armee in der Umgebung der Stadt legenden Stämmen. Diese hatten große Verluste. Im jüngsten Gefecht betrug die Verluste 8 tote und 17 Verwundete. Unter den Toten befanden sich Major Prevost vom 1. Regi-

ment der Fremdenlegion und ein Leutnant von den Schützen. — Nach einer Meldung des „Temps“ aus Tanger dauerte der gestrige Kampf von 7 Uhr morgens bis 2 1/2 Uhr nachmittags. Ein Feldwebel der freiwilligen Schützen wurde tödlich verwundet. Die Marokkaner griffen mit dem Gefang von Koransuren an. Die eingeborenen Freiwilligen hielten aber ihren Ansturm aus, ohne zu weichen und zu wanken. Das französische Lager wäre beinahe erobert worden. Der Feind kam auf eine kurze Entfernung heran, ehe er zurückwich. Der Horizont war schwarz von feindlichen Reiterkavalleren. Einer Meldung der „Liberte“ zufolge wurde die Aufklärungsabteilung bei Casablanca von 6000 Marokkanern angegriffen. Major Prevost wurde erst nach der Beendigung des Kampfes bei der Rückkehr ins Lager getötet.

Dem Sultan Abdul Aziz von Marokko haben die Alamas in Fez volles Vertrauen ausgesprochen und Muley Hafid für einen Empörer erklärt.

Mehrere Ratgeber des Sultans in Fez sollen ermordet worden sein. Die Marokkaner sollen bei den Kämpfen am 28. August und am 1. September 800 Mann verloren haben.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 5. September.

Das Wahlrecht zur Bürgerchaft ein „vernünftiger Ausgleich widerstrebender Interessen.“ Die Lübeckischen Anzeigen bringen folgende Notiz:

Sozialdemokratie und Bürgerchaftswahl Das hiesige Sozialistenblatt nennt zum so und so vielen Male unser seit drei Jahren eingeführtes Wahlgesetz für die Bürgerchaft ein Wahlrecht und höhnt über den „Gerechtigkeits“ Sinn der „erstklassigen“ Bürgerchaftsvertreter. — Wir finden, daß das den heutigen Verhältnissen durchaus und zweckmäßig angepaßte Wahlgesetz lediglich und allein dem einseitigen Vorgehen der Sozialdemokratie zu danken ist. Hätte dort ein wenig mehr die Gerechtigkeit gewaltet, daß nicht einer einzigen, noch dazu politischen Partei die Herrschaft in unserem Rathause zu fallen kann, man hätte noch lange Jahre das alte Wahlrecht der gleichen und direkten Wahlberechtigung aller Bürger in einer Klasse bestehen lassen können. Hat je ein Stand die gleich unvernünftigen Ansprüche gestellt? — Keiner! — Hier bei uns in Lübeck nicht und auf der ganzen Welt nicht. Einzig und allein der Sozialdemokratie ist diese Einseitigkeit vorbehalten und das hat selbstverständlich zu Abwehrmaßnahmen führen müssen. Eines „Wahlrechts“ könnten wir uns versehen, wenn die Sozialdemokratie das Geste in die Hand bekommen hätte; so ist ein Wahlrecht geschaffen, das allen Bürgern das Recht gibt, ihre Vertreter in die wichtige gesetzgebende Körperschaft zu entsenden, nur so kann ein vernünftiger Ausgleich bei widerstrebenden Interessen gefunden werden.

Die Behauptung, daß die Wahlentziehung dem „einseitigen“ Vorgehen der Sozialdemokratie zuzuschreiben sei, ist geradezu lächerlich und soll nur dazu dienen, das von den herrschenden Klassen verübte Unrecht in einem milderen Lichte erscheinen zu lassen. Direkt un wahr ist es, daß die Sozialdemokratie unvernünftige Ansprüche gestellt hätte. Von unserer Seite wird nur die Gleichberechtigung aller Lübeckischen Bürger verlangt, während die herrschenden Klassen für sich große Vorrechte beanspruchen. Auch wir wollen, daß alle Bürger im Parlament vertreten sind; das wird aber durch ein gerechtes Proportionalwahlrecht erreicht. Das Bürgerchaftswahlrecht betrachtet es aber als ein Unrecht, wenn es selbst nur gleich berechtigt ist. Wir werden auch in Zukunft das bestehende Wahlrecht zur Lübeckischen Bürgerchaft als ein schweres Unrecht gegen die große Masse des Volkes bezeichnen und nicht verschweigen, wo die Urheber dieses Unrechts zu finden sind.

Öffentliche Kartellversammlung am Mittwoch den 4. September. Der erste Punkt der Tagesordnung betraf Abrechnungen der Kartellkasse und der Kasse des Arbeitersekretariats; dieselben wurden gedruckt vorgelegt und genehmigt. Die sodann vom Festkomitee des diesjährigen Gewerkschaftsfestes vorgelegte Abrechnung ergab eine Einnahme von 3197 Mk. 70 Pf., der eine Ausgabe von 2290 Mk. 85 Pf. gegenübersteht. Der Überschuß von 906 Mk. 45 Pf. wurde wie folgt verteilt: 50 Mk. den Ferienkolonien, 50 Mk. der Walderholungsstätte, 100 Mk. der Genossenschaftsbibliothek, 25 Mk. der Pionieranstalt und 100 Mk. den Holzarbeitern. Der Rest wurde der Kartellkasse überwiesen. — Der dann zur Beratung stehende Antrag der Metallarbeiter auf Herabsetzung des Beitrages zum Arbeitersekretariat entfesselte eine längere Debatte. Während der Vorstand der Metallarbeiter-Organisation, welcher mit beratender Stimme der Sitzung beizuhöhen, unter Zugrundelegung der Statistik im Jahresberichte des Arbeitersekretariats, warm für den Antrag seiner Gewerkschaft eintrat, gingen die Gegner des Antrags, welche sich an die Zahlen der Abrechnungen hielten, scharf gegen die Form der Begründung und den Antrag selbst vor. Schließlich wurde der Antrag auf Herabsetzung des Beitrages gegen wenige Stimmen abgelehnt; auch ein Antrag, eine Kommission einzusetzen, welche an der Hand der Quartalsabrechnungen der einzelnen Gewerkschaften die Beitragsleistungen zum Arbeitersekretariat prüfen sollte, wurde abgelehnt. — Zu dem Punkte Gewerbegerichtswahl wurde beschlossen, die Kartellkommission mit den Vorbereitungen zu der Wahl zu betrauen. Dieselbe soll sich mit dem Stadt- und Landamt oder dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts ins Einvernehmen setzen, um ein möglichst glattes Abwickeln der Geschäfte bei der Anmeldung zur Wählerliste zu erzielen. Bei der diesmaligen Wahl welche nach dem neuen Gesetz stattfindet, werden nur solche Wähler in die Wählerliste aufgenommen, welche sich vor dem Wahltermin mit einem sogenannten Wahlberechtigungschein versehen haben. Dieser Schein wird vom Stadt- und Landamt erteilt auf Grund einer Anmeldung. Bei der Anmeldung soll nachgewiesen werden: das gesetzliche Alter, die genügende Aufenthaltsdauer in Lübeck und das gewerbliche Arbeitsverhältnis. Sache der Kartellkommission wird es sein, die Behörden zu bewegen, die Anmeldungen auch erteilt zu werden oder wertlos zu entgegennehmen, da sonst die vorgesehene 14tägige Frist dazu kaum ausreichen dürfte. — Behufs Nominierung von Kandidaten wurden die Delegierten beauftragt, in ihren Gewerkschaften dafür zu sorgen, daß geeignete Vorschläge aus den Versammlungen heraus bis zur nächsten Kartellversammlung dem Vorsitzenden, Genossen Körner, gemeldet werden. Die nächste Versammlung wird unter diesen Vorschlägen die zwölf Vertreter und 6 Stellvertreter auswählen. Alsdann berichten noch die Tabakarbeiter und Stukkateure über ihre glänzend verlaufenen Lohnbewegungen; die „Soli-

arbeiten legten eine Abrechnung vor über ihren ver-
flossenen Streik; die Böttcher berichteten, daß sie in den
Ausstand getreten seien zwecks Erringung einer kürzeren
Arbeitszeit. Die Gastarbeiter stehen in einer
Lohnbewegung. Aber die in diesem Winter in Aussicht ge-
nommenen Vorträge berichtete der Vorsitzende eingehend.
Die Versammlung stimmte den Vorschlägen zu und gab noch
einige Anregungen.

Gleiche Brüder. Die Hirsch-Dunckerschen und die christ-
lich-nationalen Gewerksvereiner in Lübeck sind sich aus Kon-
kurrenzneid gegenseitig in die Haare geraten. Auf der Geis-
wiese des „Landboten“ regalierten sie sich gegenseitig mit
Lobenswürdigkeiten, die auf das eifrige und auch erfolgreiche
Studium des „Sauerbentons“ schließen lassen. Die Schlich-
linge des Unternehmertums bezichtigten sich des Streikbruchs,
der Verleumdung, der Feigheit und ähnlicher schöner Dinge.
Wir zweifeln nicht daran, daß alle diese Anschuldigungen
ihre Berechtigung haben. Den Haupttrumpf spielt jedoch
ein angeblich „Unbeteiligter“ aus, indem er schreibt: „Der
Referent der christlich-nationalen Arbeiter soll, wie ich hörte,
im Reichstags-Wahlkampf in Dresden Agitator der
konservativen Kampfes sein. Wie stellt sich das aber
zur Arbeiterbewegung?“ — Wenn man dem konservativen
christlichen Agitator Hartmann den Vorkämpfer der ver-
einigten Lübecker Reaktion, Lange, an die Seite stellt, so hat
man das Bild zweier einander gleichwertigen „Führer“ und
„Förderer“ der Arbeiterbewegung, bei dessen Anblick dem
Unternehmertum das Herz im Leibe vor Freude hüpfet.

Arg verschunpft hat der in Nr. 208 des „Volksboten“
enthaltenen Artikel, betitelt „Christlich-nationaler Hirsch-
Dunckerscher Kuddelmuddel“, bei den Hirschen. Der „Stadt-
und Landbote“, der jetzt den Untertitel „Publikationsorgan
des Verbandes deutscher Gewerksvereiner (S.-D.)“ führt,
muß in jeder Nummer einige Notizen bringen, in denen be-
hauptet wird, der Bericht des „Volksboten“ entspreche nicht
der Wahrheit. Jedesmal wird jedoch mit gleicher Pünkt-
lichkeit unterlassen, für die Richtigkeit dieser Behauptung
auch nur die Spur eines Nachweises zu bringen. Unter
solchen Umständen wird wohl niemand daran glauben, daß
der Artikel des „Volksboten“ nicht mit den Tatsachen über-
einstimmt. Das Bestreben, sich lächerlich zu machen, bewegte
einige Hirsch-Dunckersche Gewerksvereiner am Hofhofenwerk
zur Annahme folgender Resolution: „Die am Sonntag, den
1. September, im Lokale des Herrn Dietelmann in Rönning
versammelten Mitglieder des Gewerksvereins der Maschinen-
bauer und Metallarbeiter Hofhofenwerk erklären einstimmig,
daß der Bericht in Nr. 208 des „Volksboten“ aus Unwahr-
heiten und Verdrehungen besteht.“ — Das ist zwar sehr kurz,
aber dafür auch recht einsächtig. Wir meinen, die Resolutio-
näre hätten ihrer Sache mehr gedient, wenn sie irgend eine
„Unwahrheit“ oder „Verdrehung“ angegeben hätten; so
haben sie nur den Beweis geliefert, daß sie das
nicht können. Das stand übrigens von vornherein
schon fest.

Wort und Tat. In dem Organ der deutschen Buchdruck-
Unternehmer lesen wir: Der hiesige Verleger der „Lübecker
Vorstadt-Zeitung“ hat es sich in seiner Zeitung zum Prinzip
gemacht, die Alarmtrompete gegen die Warenhäuser zu
blasen, indem er immer wieder darauf hinweist, daß durch
dieselben viele kleine Existenzen ruiniert werden. Mag dies
nun berechtigt sein oder nicht, das soll hier nicht weiter fest-
gestellt werden. Doch weiter! In dem benachbarten
Schwartau erscheint seit einigen Jahren das „Anzeigenblatt
für das Fürstentum Lübeck“. Für den Ort mit etwa 5000
Einwohner genügt das Organ vollständig. Seit dem
25. d. Mts. gibt nun der obige Verleger unter dem Titel
„Zentral-Anzeiger für Schwartau“ eine Zeitung heraus.
Dieses neue Organ kostet vierteljährlich bei dreimal wöchent-
lichem Erscheinen, — sage und schreibe — 25 Pfg., außer-
dem sind die Abonnenten mit 300 Mark gegen Unfall ver-
sichert. Wie Schreiber dieses in Erfahrung gebracht hat,
soll der Verleger des „Anzeigenblatts“ sich infolgedessen ge-
nügt sehen, sein Geschäft zu verkaufen. Wie nennt der
Herr Verleger der „Vorstadt-Zeitung“ eine solche
Ruiniierung eines fleißigen Handwerks-
mannes? — Geschäft ist eben Geschäft! Die Leute, die
den Mittelständler in der Theorie so wirksam zu stellen
verstehen, haben gegen die Ruiniierung von Mittelständlern
dann nichts einzuwenden, wenn ihnen dadurch ein Vorteil
erwächst.

Die Pachtung der Stadthalle durch den Staat. Vor
einiger Zeit wurde bereits gemeldet, daß der Staat beab-
sichtige die Stadthalle für mehrere Winter zu pachten, um
dadurch dem neuen Stadttheater die Konkurrenz vom Halse
zu halten. Jetzt ist diese Meldung zur Tatsache geworden.
Dem Bürgerausschuß lag gestern folgender Senatsantrag
vor: Bei den Beratungen der Theaterbaukommission hat es
sich als erwünscht herausgestellt, dem Staate von dem Zeit-
punkte der Eröffnung des neuen Stadttheaters an die Ver-
fügung über das Stadthallen-theater zu sichern. Einmal ist
es für den Betrieb des Stadttheaters von größter Wichtig-
keit, die Konkurrenz des Stadthallen-theaters zu beseitigen,
und sodann darf die Möglichkeit nicht außer acht gelassen
werden, daß das Stadttheater zu dem in Aussicht genom-
menen Termin, dem 1. Oktober 1908, nicht fertiggestellt werden
kann. Sollte dieser Fall eintreten, so ist es dringend er-
wünscht, dem Direktor des Stadttheaters das Stadt-
hallentheater zur Verfügung stellen zu können, damit
er bis zur Fertigstellung des Stadttheaters hier Aufführungen
veranstalten kann. Diese Erwägungen haben der Theater-
baukommission den Wunsch nahegelegt, mit dem jetzigen
Eigentümer der Stadthalle, dem Maurermeister Wegner,
wegen Überlassung der Stadthalle an den Staat in Unter-
handlungen einzutreten. Hierzu ergab sich eine Gelegenheit,
als Wegner, um eine anderweitige Hypothek abstoßen zu
können, wegen der Gewährung eines staatlichen Darlehns an-
trug. Wie sich hieran ankniependen Verhandlungen haben
zu dem Abschluß eines Vertrages geführt, durch den dem
Maurermeister Wegner unter bestimmten Bedingungen ein
Darlehn von 100 000 Mark gewährt wird, während er zu-
gleich bis zur Rückzahlung des Darlehns das Stadthallen-
theater während der Winterspielzeit an den Staat verpachtet.
Die Pacht ist auf 14 000 Mk. festgesetzt worden, wozu ein zu
den Kosten der Beleuchtung zu leistender Zuschuß von
7000 Mk. hinzukommt. War durch diesen Vertrag die zu
berücksichtigende Konkurrenz des Stadthallen-theaters für das
Stadttheater beseitigt, so galt es weiter, die dem Staate ver-
pachteten Räume anderweitig zweckmäßig zu verwenden.
Dies ist nach Ausweis der in den Anlagen 2 und 3 abge-
druckten Verträge gelungen. Durch den ersten verpachtet
der Staat die ihm zur Verfügung stehenden Räume weiter
für 43 Abende an den Verein der Musikfreunde gegen
eine Pacht von 2000 Mark. Nach dem zweiten pachtet der
Direktor des Stadttheaters, Intendantzrat Kurtischolz aus
Gera, die dem Staate von Wegner verpachteten Räumlich-
keiten für diejenigen Abende, an denen diese Räume nicht
dem Verein der Musikfreunde zur Verfügung zu stellen sind.
Die Pachtsumme ist auf 19 000 festgelegt worden. Die
Pachtverträge sind so abgefaßt, daß sie sich eng an den
zwischen dem Staate und dem Maurermeister Wegner abge-
schlossenen Pachtvertrag anschließen und endigen, wenn
dieser aus irgend welchem Grunde aufhört. Nur der Pacht-
vertrag mit dem Theaterdirektor Kurtischolz ist auf längere
Zeit abgeschlossen, was notwendig war, da auch der Theater-

betriebsvertrag über das neue Stadttheater zunächst nur für
die Zeit bis zum 19. Mai 1911 abgeschlossen ist. Das Finanz-
departement hat dem Senate die abgeschlossenen Verträge
vorgelegt. Der Senat ist mit den Verträgen einverstanden
und beabsichtigt dementsprechend, den grundlegenden, am
22. Juli 1907 zwischen dem Finanzdepartement und dem
Maurermeister Rudolf Wegner in Lübeck abgeschlossenen
Vertrag über die Gewährung eines Darlehens von 100 000
Mark und über die Pachtung des Stadthallen-theaters durch
den Staat mit der Maßgabe zur Mitgenehmigung der
Bürgererschaft zu stellen, daß die für die Gewährung des
Darlehens erforderliche Summe von 100 000 Mk. auf die
Mittel der Staatsanleihe von 1906, die Kosten des Ab-
schlusses der Verträge aber auf Abschnitt XIII der Ausgabe-
seite des Stadtbudgets für 1907 angewiesen werden. Auf
Abschnitt XIII stehen noch rund 16 800 Mk. zur Verfügung.
— Der Bürgerausschuß erklärte sich gutachtlich für die Mit-
genehmigung der Vorlage seitens der Bürgererschaft. — So
ist denn das eingetretene, was von verschiedenen Seiten schon
lange befürchtet wurde, nämlich, daß der Staat schließlich
die verbaute Stadthalle übernehmen wird. Vorkäufig ist
das allerdings nur pachtweise geschehen; wie es schließlich
kommen wird, ist nicht schwer zu erraten. Wir werden
übrigens auf die Sache noch zurückkommen.

Zu Vertretung. Für die Dauer der Abwesenheit des
Senators Dr. Eichenburg hat Senator Dr. Fehling den Vor-
sitz im Kirchenrat, Senator Friedr. Ewers den Vorsitz in der
Oberschulbehörde übernommen.

Recht eigenartige Zustände scheinen sich bei der Firma
Schetelig u. Noll, Eisengießerei und Maschinenfabrik einzu-
bürgern. Der in der Schlosserei fungierende Meister G.
betreibt neben seinem Meisterposten den Verkauf von Fahr-
rädern; den Hauptabsatz findet er bei den jüngeren Arbeitern
seiner Abteilung, welche Räder auf Abzahlung bei dem
Meister entnehmen können. Gegen den Verkauf der Räder
hätten wir nichts einzuwenden, vorausgesetzt, daß derselbe
nicht bei Arbeitsflaute mit den Entlassungen der älteren
Arbeiter zusammenhängt, was jedoch der Fall sein soll.
In letzter Zeit ist es nun vorgekommen, daß ältere Arbeiter,
die drei Jahre und länger in der Fabrik beschäftigt waren,
wegen Arbeitsmangel entlassen wurden, dagegen jüngere
Arbeiter geblieben sind. Der Grund kann nur mit dem oben
erwähnten Fahrradverkauf zusammenhängen. Dieses Ver-
halten des Meisters ist auf das entschiedenste zu verurteilen
und liegt es an den dort beschäftigten Kollegen selbst, hier-
gegen Front zu machen.

Differenzen bei der Firma Bernhöst & Wilde. Ge-
nannte Firma beschäftigt für ihre Arbeiten auf der Kohlen-
hoede und beim Übergabe der Bunkerloken an die Dampf-
schiffe im Hafen zwanzig Kontraktarbeiter. Es entstanden
nun zwischen der Firma und den Arbeitern wegen der Aus-
führung einer Arbeit Differenzen in bezug auf den Lohn.
Eine Anzahl dieser Arbeiter sollte nämlich Kohlen, die sich
in einer Schute befanden, auf den Platz tragen, wofür sie
in Anbetracht der weiten Entfernung 4 Pfg. pro Zentner
forderten. Die Firma hingegen wollte nur den für die ge-
wöhnliche Entfernung festgesetzten Satz von 3 1/2 Pfg. pro
Zentner zahlen. Nun glaubte die Firma, die Arbeiter durch
ein rigoroses Vorgehen willfährig machen zu können, indem
sie zwölf derselben kündigte; doch die übrigen acht erklärten
sich mit den zwölf Kollegen solidarisch und reichten ebenfalls
ihre Kündigung ein. Dann wandten sie sich an ihre zu-
ständige Organisationsleitung um Vermittelung. Es haben
nun auch drei Verhandlungen stattgefunden. (Als Gegen-
maßnahme stellen die Arbeiter die Forderung: Aufhebung
des Kontraktverhältnisses.) Die Firma erklärte sich zur
Rücknahme der Kündigung bereit, aber nicht zur Aufhebung
des Kontraktverhältnisses. Vielleicht hat die Firma schon
von dem Hamburger Hafenbetriebsverein gelernt, und denkt
sich in diesen festen Kontraktarbeitern eine Anzahl Streik-
brecher sichern zu können für den Fall, daß es im Hafen
einmal mit den organisierten Arbeitern zum Kampfe kommen
sollte; denn anders ist die Stellungnahme der Firma nicht
zu verstehen. Die Firma Bernhöst u. Wilde, welche bereits
24 Jahre besteht, ist ohne Kontraktlich verpflichtete Arbeiter
groß geworden und wird auch ohne solche weiter bestehen
können. Die organisierten Arbeiter Lübecks werden gut tun
und den vielleicht an sie ergehenden Lockungen der Firma
unter dem Versprechen dauernder und lohnender Arbeit nicht
folgen. Ein ehrlicher Arbeiter läßt sich nicht zu Kontrakt-
arbeiten gebrauchen, wenigstens nicht mehr, nachdem die bis-
herigen schlechten Erfahrungen damit gemacht worden sind.
Seid also auf der Hut, Ihr Arbeiter Lübecks, und laßt Euch
nicht als Kontraktarbeiter für die Firma Bernhöst u. Wilde
anwerben.

Fauler Eier im Kuchensteig. Wegen Vergehens gegen
das Nahrungsmittelgesetz hatten sich vor dem Schöffengericht
zu verantworten der Bäckermeister Wilhelm Kr. und dessen
Sohn Karl hier selbst. Die Anklage geht dahin: zu Lübeck
fortgesetzt vom September bis Dezember 1906 l. zum Zweck
der Täuschung im Handel und Verkehr Nahrungs- und Ge-
nußmittel, nämlich Kuchensteig durch Zusatz von faulen Eiern
verfälscht und erweiter: wesentlich diesen verfälschten Teig
unter Verschweigung dieses Umstandes verkauft zu haben.
Die Angeklagten bestritten entschieden, faule Eier zum
Backen verwendet zu haben. Mehrere Zeugen bekundeten die
Verwendung fauler Eier in der Bäckerei der Angeklagten be-
obachtet zu haben; auch wollten sie am Geruch wahrgenom-
men haben, daß die Eier faul waren. Die Angeklagten
geben an, der Geruch könne nur von weggeworfenen faulen
Eiern kommen; übrigens würden die Käufer, die von der-
artigem Teig hergestellten Backwaren bald zurückgebracht
haben, da sie die faulen Eier wohl bald herausgeschmeckt
haben würden. Chemiker Dr. Wegke hat Kuchen backen
lassen unter Beimischung eines total faulen Eis. Er hat
konstatirt, daß von dem faulen Ei weder etwas zu riechen
noch zu schmecken war. Kr. sen. bleibt dabei, daß mit
seinem Wissen nie ein faules Ei verboden sei. Zu seinen
Gunsten spricht ein von Zeugen bekundeter Vorgang, nach-
dem er einmal, als ein faules Ei in den Teig geschlagen
war, seinen Sohn aufforderte, das Ei zu entfernen. Kr. jr.
ist der Aufforderung, vom Vater unbemerkt, nicht nachge-
kommen, sondern hat das Ei verboden lassen. Das Urteil
lautet gegen Kr. sen. auf Freisprechung, gegen Kr. jr. auf
150 Mk. Geldstrafe evtl. 15 Tage Gefängnis.

Zivilistenweiber. Ein eigenartiges Manöver-Ereignis
gab es bei Klein-Andorf bei Parchim, wo das 1. Bataillon
des 162. Infanterie-Regiments (Lübecker) un-
mittelbar neben dem auf den Gutshof zuführenden Wege
Bivak bezogen hatte. Die Gewehre waren zusammengepackt,
es war abgeköcht worden, die Zelte waren schon für die
Nachtruhe aufgeschlagen, in bunten Gruppen lagerten die
Soldaten, und namentlich um den Marktentenweg herum,
der auf der anderen Seite des Weges, wo das Getreide noch
in Hocken stand, sich befand, entwickelte sich ein fröhliches
und abwechselndes Treiben. Plötzlich ertönte laut die
Stimme des Bataillons-Kommandeurs, des Majors
Geise-Rotenburg: „Feldwebel, räumen Sie da
mal auf, daß die Zivilistenweiber da nicht die Hocken
runterrängen. Wollen Sie mal gleich machen, daß Sie da
fortkommen?“ Dieser im höchsten Kommando-ton ihr zu-
geschrieenen Aufforderung leistete eine Frau, die an
eine Hocke gelehnt, vom Wege ziemlich entfernt,
also weitab vom Bivakplatze gesessen hatte, ängern-

folge, während ihr Mann auf den Major zueilte
und sich diese Behandlung seiner Frau verbat, indem er
darauf hinwies, daß außerhalb des Bivakplatzes nur die
Gutsbesitzer, nicht der Major etwas zu sagen habe. An-
statt nun seine Abereilung zu bebauern, wurde der Major
noch heftiger: „Halten Sie den Mund oder ich lasse
Sie auf der Stelle verhaften. Feldwebel, notieren
Sie den Mann, damit er angezeigt werden kann.“ Die
„Parch. Ztg.“ schreibt hierzu: „Offentlich veräümt dieser
„Zivilist“ es nicht, wegen des unerhörten Vorfalls, so-
wohl wegen der Injurie, die mit dem wegwerfenden
Ausdruck „Zivilistenweiber“ gegeben ist, als auch wegen
öffentlicher Drohung mit Freiheitsberaubung den Herrn
Major gerichtlich zu belangen, damit demselben gebührend
zu Gemüte geführt werde, daß vor dem Richter ein
jeder die verdiente Strafe findet, auch ein
Major, und ein jeder Schutz, auch ein gegen derartige
Behandlung für den Augenblick freilich wehrloses „Zivilisten-
weib“. — Na warten wir mal ab, was dem Major
passiert.“

Ein „Scherz“ soll nach dem Amtsblatt die Behauptung
des „General-Anzeigers“ sein, nach welcher ein Mitglied des
Zentralwahlkomitees für diesen Posten bereits 600 Mk. ge-
zahlt hat. Wir messen diesem Dementi absolut keinen
Wert bei. Ein Scherz, durch welchen Leute indirekt des
Kaufes von einflussreichen Posten bezichtigt werden, würde
doch an Infamie grenzen. Sollte Tobias Stillebergnüt einer
solchen Infamie fähig sein?

Zum Böttcherfreik erhalten wir von der Fischon-
senfabrik von Paul Lohrmann eine Zuschrift folgenden
Inhalts:

In Ihrer gestrigen Abendausgabe schreiben Sie, daß
in meiner hiesigen Fabrik ein Streik ausgebrochen sei.
Ich teile Ihnen ergebenst mit, daß ich am 1. September
wegen Unrentabilität den Betrieb eingestellt habe; ich habe
solches den Leuten auch erklärt; dieselben sind ordnungs-
gemäß entlassen und bitte ich, solches zu berichtigen.

Hochachtend
Paul Lohrmann.

Arbeiterrisiko. Der Arbeiter Burmeister war am
Dienstag auf der Kochschen Schiffswerft mit der Errichtung
einer Stellage an einem Schiffsnubau beschäftigt, als
plötzlich die Stellage einstürzte, wobei B. aus einer Höhe
von 4-5 Metern in den eisernen Tank fiel. Der Ver-
unglückte, der sich eine Quetschung des rechten Oberschenkels
sowie Verletzungen des rechten Oberarmes, des rechten
Schulterblattes und des Kopfes zuzog, mußte sich sofort in
ärztliche Behandlung begeben.

Straßenperre. Wegen vorzunehmender Sielarbeiten
ist die Meierstraße von der Dornestraße bis zur Karpfen-
straße vom Mittwoch, den 4. September d. J. ab bis auf
weiteres für den Fuhrwerksverkehr gesperrt.

Ein verirrter Hammel. Das Polizeiamt macht be-
kannt: Es wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß am
Sonntag, den 1. September er. beim Bahnhofsnubau ein
etwa 3/4 Jahr alter Hammel zugelaufen ist. Eigentumsan-
sprüche sind bis zum 10. d. Mts. beim Polizeiamt geltend zu
machen.

Stadthallen-Theater. Aus dem Theaterbureau schreibt
man uns: Sudermanns stimmungsvolles Schauspiel „Das
Glück im Winkel“ wird Freitag nochmals wiederholt.
Die Besetzung ist die gleiche wie bei der Erstaufführung.
Sonabend wird eine vollständige Doppelvorstellung
zum Einheitspreise von 50 Pfg. auf allen Plätzen des
Theaters gegeben werden, wobei zuerst das Lustspiel „Eine
Barrie Piquet“, hierauf das sensationelle Schauspiel „Der
Dieb“ zur Aufführung gelangt.

Sanja-Theater. Die uftige Poffe „Kaiserroman“
bleibt infolge der großen Zugkraft, die sie ausübt, auch noch
für die folgende Tage auf dem Spielplan. Für Sonntag-
nachmittag ist eine außerordentliche Familien- und Fremden-
vorstellung vorgesehen, die um 4 Uhr beginnt und zu welcher
bei halben Eintrittspreisen (also von 20 Pfg. bis 1.50 Mk.)
die Poffe „Das rote Fülchen“ gegeben wird. Es sei
auf diese Nachmittags-Vorstellung hiermit besonders auf-
merksam gemacht.

Wilhelmtheater. Man schreibt uns: In der morgigen
Vorstellung von „Romeo und Julia“ wird Herr Hel-
muth Pfund vom Stadttheater in Düsseldorf nochmals den
„Romeo“ übernehmen. Um jedermann den Besuch dieser
Vorstellung zu ermöglichen sind die Preise der Plätze be-
deutend ermäßigt. Die vollständige Vorstellung am Sonn-
abend dringt die letzte Aufführung von Thilo v. Trotha:
„Sofgunst“.

Schwartau. Parteiversammlung. Die nächste
Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am
Freitag, den 6. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Gasthof
„Trausaal“ statt. Da sehr wichtige Angelegenheiten, u. a.
die Berichterstattung vom Provinzialparteitag in Altona, zur
Verhandlung stehen, ist zahlreicher Besuch der Genossen drin-
gend erforderlich.

Cutin. Ein Schauspiel für Götter bot am
Sonntag der Kleine Cutiner See. Einem mit Gänsen daran
vorbeiziehenden Händler ging das Federvieh plötzlich durch —
500 bis 600 Gänse nahmen ein Wellenbad. Der Mann tat
das Klügste, was er tun konnte: er setzte sich in aller Ge-
mütsruhe hin, um zu warten, bis der Hunger die Gänse
wieder zu ihm zurückführte.

Segeberg. Ein Bureaukratenstück par ex-
cellence. Unter dieser Stichmarke berichtet die reaktio-
näre Presse: „Eine Oldesloer Schule, die einen Ausflug
nach hier gemacht hatte, marschierte in geschlossenem
Zuge den Kalkberg hinunter in die Stadt. Beim Rat-
hause hielt dem „Oldesl. Land.“ zufolge, der Polizei-
wachmeister den Zug an und teilte den Lehrern mit,
daß ohne polizeiliche Erlaubnis unter Musi-
kbegleitung der Zug nicht durch die Stadt
gehen könne, ja dies auch nicht in geschlosse-
nem Zuge statthaft wäre. Man hoffte, daß dies
ein Irrtum sei. Lehrer Göppner ging zum Bürgermei-
ster. Dieser bestätigte die erwähnte Antwort, wollte aber bereit-
willig einen Erlaubnischein auf die gestempelten
Bogen für 150 Mk. ausstellen lassen für die Musikbegleitung.
Auf den Schein wurde verzichtet. Auch der Marsch
in geschlossenem Zuge sei nicht gestattet,
wurde weiter gesagt, worauf entgegnet wurde, daß die Schul-
zucht und Disziplin dies bedingen, da sonst kein Zusammen-
halten der Schüler möglich sei. In geschlossenem
Zuge ging es nun wieder am See entlang nach
dem Kurhause. Wie auch dem Bürgermeister entgegenge-
halten, ist Segeberg die erste Stadt, in welcher der Schüler-
zug mit dem Schülertorps verboten wurde. In der langen
Praxis der führenden Lehrer ist diesen ein derartiges Ver-
bot noch nicht vorgekommen.“ Wir sind auch stets der Mei-
nung, daß es unnützlich ist, harmlosen Ausflüglern solche
bürgerliche Presse überhaupt hat keine Berechtigung, sich hier
zu beklagen, denn sie hat es noch immer gebilligt, wenn
die Polizei den Arbeitern gegenüber in der rigoro-
ssten Weise Unzüge und Feste verbietet.

Der hat der Bürgermeister doch noch Entgegenkommen gezeigt und den Erlaubnischein bereitwillig ausstellen wollen. Ein solches Entgegenkommen wird den Arbeitern in der Regel nicht gezeigt. Und wenn nun gar Arbeiter den Erlaubnischein zurückweisen und dann ohne Erlaubnis in geschlossenem Zuge weitermarschieren würden, dann hätten sie die „schwerste Strafe“ ob eines solchen „unvorsichtiger“ Beginns zu erwarten.

Obersum. Ertrunkener Fischer. Dienstag ist der Fischer Jens Lebens Hinrichs aus Obersum, der mit seinem Boot nach Woltersum gefahren war, auf der Rückfahrt über Bord gefallen und ertrunken. Das Boot ist geborgen, während die Leiche bis jetzt noch nicht aufgefunden ist. Der Verunglückte war verheiratet und stand im Alter von ungefähr 60 Jahren.

Kiel. Untergang einer Lustjacht. Im Sund wurde, wie gemeldet wird, eine anscheinend mit zwei Personen bemannte Segeljacht in dem Augenblick gesehen, als sie durch einen Sturzwind zum Kentern gebracht wurde und sank. Die nach der Unfallstelle abgelassenen Rettungsboote fanden von Schiff und Insassen keine Spur mehr vor. Die Jacht war weiß gestrichen und etwa 15 Meter lang.

Holtenau. Wegen angeblicher Beleidigung des Stationsvorsehers Godeemann aus Wismar wurde im November v. J. der Genosse Kasparek, jetzt in Lübeck, als verantwortlicher Redakteur der „Medtblg. Volksztg.“ zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt. Die Freveltat wurde erblickt in einem dem „Westruf der Eisenbahner“ entnommenen Artikel, der die Sozialpolitik der medlenburgischen Eisenbahnverwaltung behandelte und auf den Umgangston jenes Stationsvorsehers hinwies. Die Hauptverhandlung entwarf ein großes Bild des Bureaunkratismus und der Sparpolitik der medlenburgischen Eisenbahnverwaltung und trotz der ernüchternden erziehenden Abstände hatte der Staatsanwalt, in Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit des

„Westrufers“ eine Gefängnisstrafe von nur 14 Tagen beantragt. Da das Gericht aber die angeblich so stark rampantierte medlenburgische Beamtenehre durch die oben erwähnte Geldstrafe genügend repariert glaubte, legte der Staatsanwalt Revision beim Reichsgericht ein, mit dem Erfolg, daß die Angelegenheit zur erneuten Verhandlung an die Strafkammer zurückverwiesen wurde. In der gestern stattgefundenen zweiten Verhandlung verschaffte der Staatsanwalt unserem Genossen zwar abermals keine Gefängnisstrafe, doch soll er für seine Sündhaftigkeit als erhöhtes Süchnepfer 100 Mk. an die medlenburgische Justizkasse bleihen.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 4. September.

Bauern-Butter Pfd. 1,10—1,15 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,30 Mk., Hasen — Mk., Enten 3—3,25 Mk., Hühner 1,60—2 Mk., Küken Stk. 1,00—1,20, Lauben Stk. 0,55 bis 0,60 Mk., Gänse Pfd. — Mk., Fildgans — Mk., Schweinestopf Pfd. 0,45—50 Mk., Schinken Pfd. 1,00—1,10 Mk., Würst Pfd. 1,30 Mk., Eier 8 u. 9 Stk. 60, Karpfen Pfd. — Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk., Karautschen Pfd. 80 Pfg., Sechse Pfd. 70 Pfg., Barische Pfd. 70 Pfg., Mal Pfd. 0,90—1 Mk., Serringe 2 10 Pfg., Dorische genüg., Brachsen Pfd. — Pfg., Gemüse genügend, Blumenkohl, d. Kopf 0,10—0,30 Mk., Pfeffer, verschiedene pr. 100 Pfd. — Mk., Pflanzen, pr. 100 Pfd. — Mk., Kürbisen Pfd. 20 Pfg., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Kartoffeln pr. 10 Liter 50—60 Pfg., Kohl, 100 Pfd. — Mk., Süßwasserfische genügend, Kartoffeln pr. 10 Liter 50—60 Pfg. — Schleie Pfd. 1,70 Mk., Kartoffeln beste, 100 Pfd. — Mk.

Getreidepreise. Lübeck, 4. Septbr.

Weizen, 112—118 Pfd. holl. 180—205 Mk. Roggen neuer 116—124 Pfd. holl. 170—192 Mk. Hafer nach Qualität 170—180 Mk., hochfein über Notiz. Gerste, nach Qualität 165—175 per 1000 Kilo.

Butter-Notierungen

b. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein. Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes. Hamburg, 28. August.

1. Klasse 233 Drittel zu 116,45 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 27 „ „ 110,69 Mk. „ „

Sternschau-Viehmarkt 4. September.

Der Schweinehandel verlief langsam. Zugeführt wurden 580 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine schwere 62— Mk., leichte 62,— Mk., Sauen 54—58 Mk. und Ferkel 58—61 Mk. pro 100 Pfund.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: E. H. Schmarh. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksblatt“

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

Arbeiter-Abstinenz-Bund.
Heute Donnerstag abend 8 1/2 Uhr.

Komiteetagung
vom Stiftungs-Fest der Zimmerer
am Dienstag, den 10. September,
abends 8 1/2 Uhr.
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52

Unserm Stellmeister F. Wolf III. ein dankendes Hoch zu seinem 57. Weizenfeste.
Zu nächst gewünscht

eine Wirtschaft.

Kauf nicht ausgeschlossen.
Off. u. Z. U. 23 an die Exp. d. Bl.

Zu kaufen gesucht ein Haus vom Gärtner, Belgier oder Bleicherstraße bevorzugt.
Nachh. mit Preisang. u. S. K. 32 an die Exp. d. Bl.

Ein englisches Schlafzimmer, Sofa lackiert und eine Kommode, Stuhlbeim lackiert.
Schillingstraße 41.

Ein gut erhaltenes älteres Sparherd billig zu verkaufen.
Mangengrabenstraße 21.

Zu verkaufen ein Photograph mit 15 Bildern und ein Nussbaumtisch.
Meierstraße 3.

Ein gut erhaltenes Dannebroschees Nähmaschinen und ich. Klein.
zu verkaufen. Oberstraße 12. II.

Ein moderner Kinderwagen zu verkaufen.
C. Freese, Marienwall-Postkassend.

Willig zu verkaufen junge Brückenhörner u. Schlegel.
Hilfenstraße 58. II.

Besten Kaffee mit schwarzen Umkleeg.
Gegen ganz Belohnung abzugeben.
Döringstraße 74. Erdgeschoss.

Prima Schweinefleisch Pfd. 70 Pf.

Karbonade - 80 -
Kopf und Bein - 20 -
Prima Suppenfleisch - 60 -
- Kalbfleisch 50 u. 60 -
fette u. mag. Speck Pfd. 80 -
gekochte Mettwurst - 80 -
Leberwurst - 80 -
Braunschweigerwurst - 70 -
Sätze - 60 -

Jeden Sonntag von 5 Uhr an:
Heisse Knaekwurst
erwärmt

Hans Werk,
W. Strobel Nachf.
Glockengießerstraße 73.

Prima Fleisch für wenig Geld
erhältlich bei
Willy Stapelfeldt
Ecke Warendorp- u. Reiterstraße.

Prima'sches Sied- u. Selbstkochen
empfohlen
F. Vagt, Angerstraße 57.

Von der internationalen Bibliothek
— erste Serie —
empfehlen wir besonders:

Kautsky, Karl Marx ökonomische Lehren, geb. Mk. 2,50
Bebel, Ländliche Arbeiterfrage, " " 2,50
Bebel, Charles Fourier, " " 2,50
Stern, Philosophie Spinoza's " " 1,—
Kautsky, Das Erfurter Programm, " " 2,50
Fr. Engels, Die Lage der arbeitenden Klassen in England, " " 2,—
Stepniak, Der russische Bauer, " " 2,50
Mehring, Die Seffing-Legende, " " 3,50
H. Lux, E. Cabet und der italienische Kommunismus " " 2,—
Plechanow, N. G. Tschernischewsky, " " 3,—
Fr. Engels, E. Dühring's Umwälzung der Wissenschaft " " 3,—

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Man abonniert jederzeit auf das schönste und billigste Familien-Witzblatt

Meggendorfer-Blätter

München 9 9 Zeitschrift für Humor und Kunst
9 Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.— 9

Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probenummer vom Verlag, München, Theatinerstr. 47

Kein Besucher der Stadt München sollte es verpassen die in den Räumen der Redaktion, Theatinerstraße 47^M befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu besichtigen.

9 Täglich gedruckt. Eintritt für jedermann frei! 9

Die Arbeiter-Entwickler
aus dem Gesamt-Geld der

Otto Albers 10.

Jed. werthvollste Schenkung kann gute Berücksichtigung und sehr billige Preise. 2. H.:

Leberwurst - 2,20—2,45
Mettwurst - 2,40—2,75
Schinkenwurst - 1,98—2,25
Leberkäsewurst - 1,98—2,25
Schnitzfleisch - 1,68—2,25

kleiner Janker, Hühner und Gans, 1,28
Käse, Butter, Schinkenwurst, Fleischwurst, kleine Wurst ebenfalls billig.
Wagen von 20 Pfg. bis 1,28 Mk.
Satz Sabersarbeiten.

Johannes Probst
Hofmeister Marktstraße 29
Separatverkauf unter Garantie prompt und billigst. Jeden St. 1,50, Gläser u. 30 Pfg. an.

Achtung! Zimmerer!

Die zu heute Donnerstag anberaumte Verband-Versammlung findet nicht statt.

Der Vorstand.

Zentral-Verband deutscher Brauereiarbeiter!

Mitglieder-Versammlung
am Sonnabend, 7. Septbr.
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 46-52.

Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Der Vorstand.

Achtung! Versammlung
der Gemeinde- und Staatsarbeiter
am Freitag, den 6. Septbr.,
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Der Vorstand.

Achtung Bauarbeiter!

Mitglieder-Versammlung
am Freitag, 6. September,
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Der Kampf ums Dasein. Referent: Genosse J. Stelling.
3. Bericht des Vorstandes.
4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen erjudet
Der Vorstand.

Großer Grütetanz
am Sonntag, den 8. Sept.
Anfang 4 Uhr.
Dazu ladet freundlichst ein
G. Sternberg Ww., Rensefeld.

Hansa-Theater
Lübeck.

Täglich abends 8 Uhr:
Es lebe der Reservemann
mit Dir. Prang (Tünnes) in der Hauptrolle als
„Reservist Lehmann“.

Sonntag, den 8. September, nachmittag 4 Uhr:
Zu halben Preisen.
Mk. 0,20, 0,25, 0,30, 0,35, 0,50, 0,75, 1,00, 1,50.
„Das rote Julchen“.
Bosse mit Gesang in 3 Akten v. Miklowitsch.

Abends 8 Uhr:
„Reservemann“.
Vorverkauf bei Sager.

Wilhelm-Theater.

Freitag, 7 1/2 Uhr. 91. Abonn.-Vorstell.
Bei ermäßigten Preisen:
Romeo und Julia.

Drauerspiel in 5 Akten von Shakespeare.
Romeo Helmut Pfund
vom Stadttheater in Düsseldorf.
Loge und Parkett 75 Pfg., Balkon und Parterre 40 Pfg.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Sonnabend: Volkstümliche Vorstellung.
Zum letzten Male: Hofgünst.

Stadthallen-Theater.

Direktion: Ludwig Florkowski.
Freitag, 8 Uhr. 78. Abonn.-Vorst.
Das Glück im Winkel.

Schauspiel in 3 Akt. v. Herrn Sudermann.
Sonnabend, 8 Uhr.
Volkstümliche Doppel-Vorstellung.
Jeder Platz 50 Pfg.

Eine Partie Piquet hierauf. Der Dieb.
Sonntag, 9. Doppel-Vorst. zu ein. St.
Robert u. Bertram. Hierauf 2. ein. St. Franz.

Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Essen 1907.

Bildungsausschuss.

Erster Jahresbericht 1906/07.

Entstehung und Konstituierung.

In den Leitfähen über „Volksbildung und Sozialdemokratie“, die dem vorjährigen Parteitag vorlagen, lautete eine der auf die Weiterbildung und theoretische Schulung der Genossen und Genossinnen abzielenden Forderungen:

Ein Bildungsausschuss von sieben Mitgliedern, dessen Vorsitzender als besoldeter Geschäftsführer mit dem Sitz in Berlin fungiert, dient als Zentralfstelle für die Bildungsbestrebungen. Er stellt organisch aufgebauete Programme für Vorträge und Vortragskurse und die dazu gehörigen Literaturnachweise zusammen, erteilt Ratschläge für belehrende und künstlerische Veranstaltungen, vermittelt rednerische und künstlerische Kräfte und sieht auf andere geeignete Weise seiner Aufgabe gerecht zu werden. Der Ausschuss wird alljährlich von dem Parteivorstand und der Kontrollkommission gewählt. Die Kosten für die Geschäftsführung, die der Kontrolle des Parteivorstandes untersteht, trägt die Partei. Maßnahmen des Bildungsausschusses, die finanzielle Anforderungen an die Partei stellen, unterliegen der Genehmigung des Parteivorstandes.

Eine Begründung dieser Forderungen konnte dem Parteitag leider nicht gegeben werden, da die Referentin, Genossin Jettin, ihre Ausführungen unter allgemeinem Bedauern wegen körperlicher Erschöpfung vorzeitig abbrechen mußte. Dadurch wurde auch die Diskussion über die beiden Referate, sowie über die Leitfähen und die dazu vorliegenden Anträge unmöglich gemacht; in dieser Zwangslage beschloß der Parteitag, die beiden Referate und alle dazu gestellten Anträge einem Bildungsausschuss von 7 Personen zu überweisen.

Der Parteivorstand, der von der Annahme ausging, daß der Parteitag bei diesem Beschlusse den in den Leitfähen geforderten Bildungsausschuss im Auge gehabt habe, nahm am 7. November 1906 in einer gemeinsamen Sitzung mit der Kontrollkommission die Wahl der Mitglieder des Bildungsausschusses vor, und zwar wurden die Genossen David Mainz, Heimann Berlin, Korn Kiel, Meising Leipzig, Schulz Bremen (später Berlin), Vollmar München und die Genossin Jettin Stuttgart, davon Schulz als Geschäftsführer gewählt. Mit der Vertretung des Parteivorstandes in den Sitzungen des Bildungsausschusses beauftragte der Parteivorstand später den Genossen Bebel.

Der Bildungsausschuss trat am 13. Dezember 1906 in Anwesenheit aller Mitglieder zu seiner ersten Sitzung zusammen. Er beschloß zunächst, sich formell zu konstituieren, da der Wortlaut des Protokolls über den Mannheimer Parteitag nicht klar genug erkennen lasse, daß mit der Wahl des Ausschusses auch zugleich seine Konstituierung im Sinne der Leitfähen vollzogen sei. Der Bildungsausschuss hielt es für zweckmäßig, die nach den Leitfähen auf eine Vereinigung der Ämter des Vorsitzenden und des Geschäftsführers zu trennen. Zum Vorsitzenden wurde Genosse Hugo Heimann Berlin gewählt.

Arbeitsgebiet.

In der ersten Sitzung versuchte der Bildungsausschuss, die Grenzen des ihm überwiesenen Arbeitsgebietes nach den Hauptrichtungen hin abzugrenzen. Es war ihm eine einmalige Aufgabe, die Vorbereitung der Leitfähen zur Berichterstattung an den nächsten Parteitag, ferner ein Komplex von im einzelnen nicht näher bestimmten fortlaufenden Aufgaben übertragen worden. Die Beratung der Leitfähen hat der Bildungsausschuss weder in der ersten noch in einer späteren zweiten Sitzung erledigen können; er muß dazu das Erscheinen der Schrift abwarten, in der Genossin Jettin die Begründung ihres Teils der Leitfähen zu geben beabsichtigt. Da Genossin Jettin bisher wegen anhaltender Krankheit an der Fertigstellung ihrer Schrift verhindert war, hat der Bildungsausschuss diese ihm anvertraute einmalige Aufgabe vertragen, bis die Broschüre der Genossin Jettin vorliegt.

Die dauernden Aufgaben des Bildungsausschusses sind in allgemeinen Umrissen in den Leitfähen skizziert. Obwohl die Forderungen der Leitfähen vorläufig noch keine bindende Kraft haben, da sie noch nicht durch einen Parteitagbeschlusse sanktioniert sind, herrschte bei den Mitgliedern des Bildungsausschusses doch Einstimmigkeit darüber, daß auch ohne die Debatte grundsätzlicher Art, die bei dem theoretischen Teil der Leitfähen zu erwarten ist, die meisten praktischen Aufgaben vom Bildungsausschuss ohne weiteres in die Hand genommen werden können.

Als solche Aufgaben wurden zunächst angesehen: die Ausarbeitung von Programmen für Vorträge, Vortrags- und Unterrichtskurse und künstlerische Veranstaltungen; und zwar sowohl von zusammenhängenden Programmen, die die Bildungsarbeit eines ganzen Jahres umfassen, als auch von besonderen Programmen für einzelne Veranstaltungen; ferner die Herausgabe eines Verzeichnisses von Jugendschriften, die für proletarische Kinder besonders geeignet sind; außerdem die Zusammenstellung von Bibliotheken bzw. die Schaffung von Musikerkatalogen, von den kleinsten Bibliotheken an aufsteigend bis zu den größeren; auch die Herausgabe von wertvollen Aufklärungschriften, sowohl von neuen als auch von geeigneten älteren Schriften, die vergriffen oder schwer erhältlich sind, wurde in Betracht gezogen; schließlich sah man noch in der Vermittlung von rednerischen Kräften für populär-wissenschaftliche Vortragsarbeit sowie in der Anregung und Unterstützung von bildenden und künstlerischen Veranstaltungen eine wichtige Aufgabe des Bildungsausschusses.

Um für diese zukünftigen Arbeiten des Bildungsausschusses zunächst eine festere Grundlage zu schaffen, wurde beschlossen, eine Umfrage bei den Partei- und Gewerkschaftsorganisationen zu veranstalten, durch die der Umfang und die Art der bisher schon von den Organisationen geleisteten Bildungsarbeit und zugleich ihre etwaigen Ansprüche an den Bildungsausschuss ermittelt werden sollten.

In demselben Zuge, an dem die erste Sitzung des Bildungsausschusses stattfand, wurde der Reichstag aufgelöst, wodurch die Arbeiten des Bildungsausschusses bis in den Februar hinein unterbrochen wurden.

Die Umfrage und ihre Ergebnisse.

Anfang März gelangten die Fragebogen, die 18 Haupt- und 28 Unterfragen enthielten, zur Verlesung.

Es sind 47 Fragebogen an die Vorstände der Sozialdemokratischen Vereine, 530 an die Gewerkschaftskomitees und an die Zentralvorstände der Gewerkschaften und 146 an die weiblichen Vertrauenspersonen, im ganzen also 1123 Fragebogen zur Verlesung gelangt. Später haben noch einige Gewerkschaften und Wahlvereine zur Weitergabe an ihre Filialen Fragebogen nachverlangt.

Die Fragebogen liefen anfangs nur sehr spärlich wieder ein; es bedurfte zweimaliger Mahnung im „Vorwärts“, um die Ausfüllung und Rücksendung zu beschleunigen. Trotzdem sind bis zum 25. Mai, an welchem Tage die Liste der für die Statistik verwendeten Fragebogen geschlossen wurde, insgesamt nur 494 Fragebogen zurückgekommen. Allerdings ist das Ergebnis in Wirklichkeit nicht so ungenügend, wie es auf den ersten Blick erscheint. In vielen Orten ist die Führung der Partei und der Gewerkschaftsbewegung in denselben Händen, oder die Leitungen arbeiten doch so eng Hand in Hand, daß die Rücksendung eines Fragebogens für beide Teile genügt. Ähnlich liegt es mit der Frauenbewegung. Außerdem aber existieren an verschiedenen Orten schon gemeinsame Bildungsausschüsse für Partei, Gewerkschafts- und Frauenbewegung, so daß von dort nur ein Fragebogen zurückgeschickt wurde. Jedenfalls sind die Fragebogen aus den wichtigsten Orten zurückgekommen und fast alle Landesteile Deutschlands sind durch eine größere oder geringere Anzahl von Fragebogen vertreten.

Die Ausfüllung der Fragebogen ist ungleichmäßig, wie das bei der Mehrheit der Sache von vornherein zu erwarten war. In vielen kleinen Orten hat man auf die meisten Fragen nichts Rechtes zu antworten gewußt, da dort entsprechende Veranstaltungen noch niemals stattgefunden hatten. Andere Beantworter haben die eigentliche Bildungs-

arbeit nicht von der propagandistisch-politischen Agitationsarbeit zu trennen gewußt. Doch darf man aus verschiedenen Anzeichen den Schluß ziehen, daß schon die Versendung der Fragebogen, die oft zum Gegenstand von Vorstandsbearbeitungen gemacht worden ist, in vielen Orten anregend gewirkt hat. Die betreffenden Genossen wurden dadurch auf die verschiedenen Möglichkeiten planmäßiger Arbeiterbildung hingewiesen, und hier und da hat auf diese Weise der Fragebogen den erfreulichen Anfang von Bildungsbestrebungen bewirkt.

Recht eingehend sind die Fragebogen zumeist von den großen Städten, in denen schon seit längerer Zeit planmäßig an der theoretischen Schulung der klassenbewußten Arbeiter gearbeitet wird, beantwortet worden. Die in solchen Fragebogen enthaltenen Hinweise, Fingerzeige und Erfahrungen bilden wertvolles Material für die zukünftige Tätigkeit des Bildungsausschusses. Doch läßt sich ähnlich auch über viele Antworten aus kleineren Orten berichten. Viele der von hier gekommenen Wünsche und Hoffnungen sind teilweise von unschätzbarem Werte für die Art der Arbeit des Bildungsausschusses.

Einige der wichtigsten Ergebnisse der Fragebogen seien im folgenden mitgeteilt:

Von den politischen Organisationen, soweit sie die Fragebogen beantwortet haben, tragen 52 schon jetzt den Bildungsbedürfnissen ihrer Mitglieder durch besondere Unternehmungen Rechnung, 41 nicht, 44 zum Teil; bei den Gewerkschaftskomitees lauten die entsprechenden Ziffern 104, 30 und 57; bei den Frauen 17, 4 und 5. Die Zentralvorstände der Gewerkschaften erklären fast übereinstimmend, daß die Bildungsarbeit Sache der Filialen sei, und daß von den Ortsvereinigungen auf diesem Gebiete durch Bibliotheken, Vorträge, künstlerische Veranstaltungen und auf andere Weise ein reger Eifer entfaltet werde.

Wo die Organisationen schon jetzt etwas für die Ausbildung ihrer Mitglieder leisten, liegt die Organisation und Leitung der Bildungsarbeit meistens in den Händen des Vorstandes, gelegentlich ist dies einer besonderen Kommission oder dem Bibliothekar übertragen, in einer Reihe von Orten besteht auch ein von Partei und Gewerkschaften gemeinsam eingesetzter Bildungsausschuss, in anderen ist die Schaffung eines solchen Ausschusses für die nächste Zeit geplant.

Bei der Hälfte der in Betracht kommenden Organisationen waren die Veranstaltungen in der Hauptsache, bei der anderen Hälfte zum Teil, belehrender Natur. Bezüglich der Art der Veranstaltungen stehen die Einzelvorträge mit 234 weitans an der Spitze, ihnen folgen die Lichtbildervorträge (90), die Unterrichtsabende (60), die Vortragsvorträge (31) und die Vorlesungen (3). Von den Wissensgebieten, die besonders berücksichtigt wurden, markiert der Sozialismus (155) an der Spitze, ihm folgen Gewerkschaftswesen (146), Naturwissenschaft (129), Geschichte (89), Nationalökonomie (49), Soziale Gesetzgebung und Sozialwissenschaft (31), Technik (14), Literatur (13), Gesundheitspflege (10). Weniger als zehnmal wurden als bevorzugte Wissensgebiete bezeichnet: Genossenschaftswesen, Rechtspflege, Philosophie, Religion, Redebübung. Bei den schönwissenschaftlichen und künstlerischen Veranstaltungen standen die Rezitationen (110) an der Spitze, ihnen folgen Theater (74), Konzerte (65), Dichterabende (63).

Die Frage, ob das örtliche Parteiblatt die Bildungsbestrebungen unterstützt, ist 17mal mit ja, 18mal mit nein, 3mal mit „nicht viel“ beantwortet worden.

Für die Organisation und Aufklärung der Jugendlichen wird in 40 Fällen schon heute etwas getan, in 291 Fällen geschieht bisher noch nichts, in 28 Fällen wenig.

Eine weitere Frage lautete: Für welche Wissensgebiete waren Redner besonders schwer zu erhalten? Hierbei wird die Nationalökonomie am meisten genannt, im weiteren Abstände folgen Naturwissenschaft und Geschichte.

Die Frage, ob die Organisationen Schwierigkeiten bei der Erlangung geeigneter Räumlichkeiten haben, wird 88mal mit ja, 23mal mit nein beantwortet. Die bejahenden Antworten sind meistens zugleich mit bitteren Klagen über den Sozialmangel und die mannigfachen Schwierigkeiten, die der Erwerbung eines passenden Lokals

Der Übel grösstes ist die Schuld!

Roman von Friedrich Thieme.

(37. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Und er muß noch da sein,“ beharrte Max. Er ist nirgends gesehen worden — unsere Mannschaften hätten wenigstens bemerken müssen, daß jemand den Korridor durchbrechen wollte.“

„Der weiß,“ berichtete einer der Gondarmen, „Schodler kennt jeden Fußbreit Weges hier herum — vielleicht hatte er auch ein besonderes Versteck für sich noch vorgesehen.“

„Dort ist etwas wie ein Schattens hinter dem Fenster,“ rief plötzlich ein Polizist, nach einem Fenster des Hauses geigend.

Alle blickten dorthin. In der Tat — fast schien es, als zeichneten sich die Umrisse eines menschlichen Kopfes hinter dem heruntergelassenen Rouleaux ab.

„Da haben wir aber doch nachgeforscht,“ erklärte Max bescheiden. Zugleich aber winkte er einen der Männer und eilte zurück in das Haus, den betreffenden Raum noch einmal zu inspizieren. Es war Schodlers Privatstübchen, welches in Frage kam. Sie hatten es vorher verschlossen gefunden und die Tür gewaltsam erbrochen, der Inwohner aber war flüchtig. Eins der beiden Fenster stand offen, in der Stube selbst war niemand zu sehen. Ein offener Koffer, ein Stuhl und die herumliegenden Sachen vertieten, daß ihr Besitzer die Flucht ergriffen hatte. So war man weiterbestimmt, um den Flüchtigen nicht entkommen zu lassen, doch wurde man weder im Freien, noch im Hause seiner habhaft.

Jetzt begab sich Max nochmals mit einem Begleiter in den vorher schon fruchtlos inspizierte Gemach. Das besagte Fenster verhalten eine unbeschriebene braune Gardine, deren beide Enden herabgelassen waren, so daß sich nicht gut jemand hinter ihr verbergen konnte. Nur die liegende Staff, mit welcher die Verfolger ihres Amtes wahrten, hatte Max diesen Umstand übergehen lassen. Gattin und er nun die Vorhänge auseinander — aber erschrocken rückte er zurück, denn ein schrecklicher Anblick bot sich ihm dar. Über dem Fenster war ein großer Haken eingeschlagen.

von dem eine Annel mit Frauenhaar bis auf die Mitte des Hinterrückens herabhäng. An diesem Haken, zwischen dem Rouleaux und der Gardine, hing der unglückliche Bergschneckenwirt mit gräßlich entstelltem, verzerrtem Gesicht, mit hervortretenden Augen und in den verstärkten Jügen den Ausdruck einer furchtbaren, qualvollen Pein und Angst.

„Gott hat gerichtet,“ sagte Max mit feierlicher Stimme und ließ den Vorhang erschüttert herabsinken.

Der Tod übt eine veröhnende Kraft, er erweckt Mitleid, wo vorher Abscheu und Verachtung geherrscht. Der unglückliche Mann hatte sich der irdischen Sühne entzogen, alle Wiedergebungsversuche erwiesen sich als erfolglos. Die Mission der Verfolger war beendet. Eine halbe Stunde später war das Haus, das eben noch vom Lärm und Geschrei vieler Stimmen, vom Geräusch zahlreicher Tritte widerhallte, in seine vorige Einsamkeit zurückgesunken. Alle Gäste hatten es verlassen. Dunkel lag es und Ode auf seinem einsamen Plage — nur in einem der vielen Gemächer brannte ein einzelnes Licht, das noch Leben verkündete: drinnen beugte sich eine schwergeprüfte Gattin und Mutter über das Bett ihres schwerkranken, in wilden Fieberphantasien sich umhertwälzenden Kindes und mischte ihre Schmerzenslaute mit dem unartikulierten Gestöhne, mit dem heiseren Aufschreien, mit den wirren Reden des unglücklichen Mädchens, das sich all der entsetzlichen Geschehnisse der letzten Stunden, des jähen Zusammenbruchs der irdischen Fortschrittlichkeit und Glückseligkeit ihres Hauses und ihrer Familie, des schmachvollen Endes ihres Vaters, der Flucht ihres aufgedrungenen Bräutigams nicht bewußt war.

Drei Tage später wurden die sterblichen Reste des Selbstmörders der Erde übergeben. Ungeheures Aufsehen hatte die Kunde von dem Drama in der Bergschnecke in der Stadt und der weitesten Umgegend erregt. Fast wie ein Märchen erschien es den Leuten, die seit langen Jahren S. obler gekannt und von denen die meisten ihn seiner Reichthümer und seines Glücks willen beneidet hatten, daß der vielbeneidete, der reiche und angesehene Mann, den man für ein Muster der Ehrenhaftigkeit gehalten, plötzlich als Halschneckenwirt, als gemeiner Verbrecher, als Begünstiger von Mördern entlarvt worden war und daß er den Tod

eines an allem verzweifelnden, gehetzten Flüchtling gefunden hatte.

Hunderte von Menschen umlagerten die Gruft, in die man ihn lang- und klanglos versenkte, und in atemlosen Schweigen lauschten sie den erschütternden Worten, welche ein alter Freund von ihm, der Apotheker Merter, am Grabe sprach.

„Rach tritt der Tod den Menschen an, Es ist ihm keine Frist gegeben.“

begann er in heftiger Bewegung, die er nicht zu verbergen suchte. Da liegt nun der Mann, den wir beneidet und verehrt haben, der uns ein Bild des Glückes und der Sorglosigkeit schenkte, dessen Existenz keine quälende Nahrungsfrage erschütterte, dem wir bis zum letzten Tage so innig vertrauten, daß wir ihm noch in letzter Stunde, als schon das Verhängnis über seinem Haupte zum tödlichen Streich ausholte, einen hohen Beweis unseres Vertrauens, unserer Achtung gaben, indem wir ihn für ein wichtiges Ehrenamt erkoren. Da liegt er, vom Blick der Gerechtigkeit gefaßt, wie eine stolze, in ihrer Kraft gebrochene Giche, in welcher uns unbewußt, aber lange schon der zerstörende Wurm hauste. Und was hat ihn gestürzt? Nichts als gemeine Habgier, die Sucht, noch mehr zu besitzen, als der Himmel ihm verliehen. Aus Habgier warf er sich dem Verbrecher in die Arme, opferte er Weib und Kind und alle die Güter, die er mühsam erworben und die ihm ein glückliches Leben, ein sorgenfreies Alter und ein dauerndes ehrenvolles Andenken verschafften. Welche Frucht hat ihm nun das Verbrechen gebracht, dem er soviel geopfert? Welche Gegenleistung hat es für ihn? Es machte ihn fast zum Mörder seines Kindes, es riß ihn fort von Schuld zu Schuld, es nahm den Frieden und die Sicherheit des Lebens aus seiner Seele, es machte ihn zum Sklaven des erbärmlichsten Menschen, es setzte an die Stelle behaglicher Ruhe die Tag und Nacht wachende Herzensangst, die schon das raschelnbe Laub als ein Schreckens fürchten muß!

Nun liegt er da.

Und der Geringste neigt sich nicht vor ihm!

Und wenn wir heute weinen, so weinen wir nicht um ihn, sondern um sein Weib und sein Kind! Er aber ist uns ein warnendes Beispiel für alle Zeiten, sein Schicksal bezeugt uns in ergreifendster Form die Wahrheit des herrlichen

ber sozialistischen Jugendzuehung und der proletarischen Jugendbewegung werden jetzt in allen Teilen Deutschlands lebhaft diskutiert und in intensiver Weise als bisher zu lösen versucht. Wie notwendig aber eine energische Inangriffnahme dieses wichtigen Gebietes ist, haben die Ergebnisse der Umfrage gezeigt. Nicht zuletzt aber dürfte auch das Ergebnis der letzten Reichstagswahl die Notwendigkeit einer noch besseren Durchdringung der breiten Massen mit den Grundanschauungen des Sozialismus gepredigt haben.

Unter diesen Umständen ist eine Zentralstelle für die Aufgaben der systematischen parteigenösslichen Bildungsarbeit nicht nur eine wünschenswerte, sondern geradezu eine notwendige Einrichtung. Aber sie kann nur eine fruchtbringende Tätigkeit entfalten, wenn sie in engerer Fühlung mit der Gesamtleistung der Partei, dem Parteivorstand, dem sie gleichsam als eine Art Ressort für die besonderen Aufgaben der Arbeiterbildung angegliedert ist, und mit der Masse der Parteigenossen selbst arbeitet. Das erstere ist bisher schon in erfreulichem Maße der Fall gewesen. Eine noch engere Fühlung mit den Organisationen im Lande wird hoffentlich das zweite Jahr der Tätigkeit des Bildungsausschusses in wachsendem Maße herbeiführen.

(Fortsetzung folgt.)

Dem Herrn Kuhn ins Stammbuch.

© In einer kürzlich stattgefundenen Versammlung des Wahlvereins der Liberalen" verließ sich der von den Blockliberalen angestellte Parteisekretär Kuhn in seinem Referate über „Klassenkämpfe der Arbeiter in Theorie und Praxis" zu der alle Tatsachen auf den Kopf stellenden schier ungläublichen Behauptung: daß man zunächst seitens der freien Gewerkschaften Streiks provoziert habe, um den Arbeitern zu zeigen, wie schön es sei, im Verbandsverbande eine Rückenstärkung zu haben, und auf diese Art Mitglieder zu fangen. Wir trauten unseren Augen nicht, als wir dieses in einer Notiz des „Volksboten" lasen, denn soviel uns bekannt ist, zählt sich Kuhn mit zu den Korpphären, d. h. zu den auf der Höhe stehenden Mitgliedern der „Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine". Als solchen kann man von ihm erwarten, daß er die Geschichte der Gründung der obenbenannten Gewerksvereine kennt, und daß er genau davon unterrichtet sein muß, daß Max Hirsch der eigentliche „Streikvater" in Deutschland gewesen und daß gerade er es war, der nicht nur die Gewerksvereine gründete, um sie als Vorspann vor den festgefahrenen politischen Wagen der Fortschrittspartei zu spannen, sondern daß er auch, um den Mitgliedern zu zeigen, welche Macht und welche Rückenstärkung sie in ihren politisch Verbündeten, d. h. der Fortschrittspartei, besaßen, in frivoler, unüberlegter Weise den Waldenburger Bergarbeiterstreik provozierte und dadurch mehr denn 30 000 Menschen dem Hunger und Elend in die Arme getrieben hat.

Das alles scheint Herr Kuhn nicht zu wissen und deshalb glauben wir eine gute Tat zu begehen, wenn wir ihm ein wenig zu Hilfe kommen und über die ersten Anfänge der Gewerksvereinsbewegung unterrichten. Es kann natürlich nicht unsere Aufgabe sein, eine Geschichte der Gewerksvereine mit all ihren Niederlagen, Wandlungen und Mauerungen zu schreiben; was wir wollen, ist vielmehr nur eine Auffrischung der Geschichte der Gründung derselben und vor allem eine Darstellung der Inszenierung des ersten deutschen Streiks auf moderner Grundlage und das Verhalten des „Streikvaters" Dr. Max Hirsch vor, während und nach demselben.

Wie lagen nun die Verhältnisse in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts? So lange noch die Meister und Gesellen in den Zünften und Innungen einen Schutz gegen die Übermacht des sich immer mehr entwickelnden und nach der Herrschaft strebenden Kapitals fanden, bot das gemeinsame Band, das in der Zunftgemeinschaft alle umschlang, dem einzelnen eine gewisse Sicherheit, Mut und Selbstbewußtsein. Dieses mußte sich mit einem Schläge, nach Einführung der Gewerbefreiheit sowie der Freizügigkeit und die dadurch bedingte Auflösung der Zünfte ändern. Meister und Gesellen standen von nun an machtlos dem Großkapital gegenüber, da nicht mehr wie früher die Erlernung und Kenntnis des Gewerks, sondern nur noch die nötigen Geldmittel zur Ausübung desselben erforderlich waren. Die Organisation, die früher in den Zünften die einzelnen zusammenhielt, verschwand und mit ihr das Zusammenstehen und die gegenseitige Unterstützung der Berufs- und Gewerksgenossen. Gar bald aber erkannten die Arbeiter, daß nur in der Vereinigung für sie ein Schutz und Rückhalt geschaffen werden könne, daß allein in der Vereinigung die Stärke und die Macht des Arbeiters liege.

Aus diesen Erwägungen heraus wurde denn auch von Seiten v. Schweiger und Frische als Reichstagsabgeordnete zum 26. September 1868 ein Arbeiterkongreß „zur Besprechung und Einrichtung alles dessen, was mit den Arbeitseinstellungen zusammenhänge, zur Begründung einer umfassenden Organisation der gesamten Arbeiterchaft Deutschlands durch und in sich selbst, zum Zweck gemeinsamen Vorgehrens vermittelt der Arbeitseinstellungen" nach Berlin einberufen.

Auf diesem Kongreß war auch Dr. Max Hirsch mit etwa einem Duzend seiner Anhänger erschienen, um gegen die Organisation des sozialen Krieges" mit völlig negativem Erfolg zu protestieren. Dies war die erste große Niederlage, welche die Fortschrittspartei in ihrem Werben um die Gunst der Arbeiter erlitt", schrieb R. Meyer in seinem „Emanzipationskampf des vierten Standes".

Schon früher hatte die Fortschrittspartei — um nicht den immer mehr schwindenden, politischen Einfluß in der Arbeiterschaft völlig zu verlieren — Dr. Max Hirsch nach England zum Studium der inneren Einrichtungen der Trades-Unions geschickt. Das Vorgehen v. Schweigers nötigte ihn, seine Studien zu unterbrechen und Hals über Kopf nach Berlin zurückzukehren, um die Gründung sozialdemokratischer Gewerkschaften zu hintertreiben. Mit welchem Erfolg, haben wir gesehen.

Die Folge dieser fortschrittlichen Niederlage war die überhastete Gründung der Gewerksvereine nach den Mustern der englischen Trades-Unions seitens des Herrn Max Hirsch.

Der erste Verein wurde in Waldenburg in Schlessen im Juli 1869 unter den dortigen Bergarbeitern gegründet. Und schon im September desselben Jahres — also kaum zwei Monate später — überreichte Max Hirsch im Namen eines kaum warm gewordenen „Generalrats" den Grubenmagnaten eine „Denkschrift", in der er eine Lohnerhöhung und Herabsetzung der Arbeitszeit forderte. Die Arbeitgeber lehnten die Forderungen ab, sie weigerten sich nicht nur mit dem Generalrat in Unterhandlungen zu treten, sondern kündigten auch noch in brüsker Weise den Bergarbeitern die Arbeit und ordneten das Verlassen der Arbeiterwohnungen an.

Eine am 16. November überreichte zweite Denkschrift blieb unbeantwortet. Und als nun gar die Arbeitgeber verlangten, daß die Bergarbeiter durch Revers ihren Austritt aus dem Gewerksverein erklären sollten, provozierte Max Hirsch im Namen des Generalrats den Streik, worauf 7500 Bergarbeiter am 1. Dezember 1869 die Arbeit niederlegten.

„Hier zeigte sich nun gleich die Oberflächlichkeit der Studien, welche der damals noch sehr jugendliche „Streikvater" Dr. Max Hirsch in England gemacht hatte. — Er versündigte sich gegen den Grundsatz der englischen Trades-Unions, einen Streik erst nach reichlicher Vorbereitung und Ansammlung reichlicher Mittel zu machen. . . Dieser junge ehrgeizige Literat stürzte mit bodenlosem Leichtsin über 8000 Arbeiter, dadurch mittelbar vielleicht 25—30 000 Menschen in Not und Elend, weil er den Streik anfang ohne genügende Mittel. Er bildete sich ein, er brauche den Arbeitgebern nur die Arbeitsbedingungen zu diktieren. Auch war seine Sprache in seinen Proklamationen voll musterhafter Überhebung." (R. Meyer.)

Das war bitter, aber gerecht, denn selbst der Parteigenosse des Herrn Max Hirsch, der Abg. Ludw. Bamberger schrieb:

„So wurde denn unter ihrer — der Fortschrittspartei — Agide der Streik verkündet und die äußerste Anstrengung gemacht, durch Geldsamlungen über ganz Deutschland hin das Beginnen triumphierend zu Ende zu führen. Aber das Angriffsrecht, insofern es geschildertermaßen auf der Legitimität zureichender Angriffsmittel beruht, erwies sich sehr bald als lückenhaft. Trotdem die jungen Gewerksvereine die erheblichsten Geldopfer brachten (namentlich die Gold- und Silberarbeiter von Pforzheim erschwangen namhafte Summen als Vorstoß, den sie später vergeblich vom Zentralverband zurückbegehren), trotdem das politische Patronat — d. h. die Fortschrittspartei — sein Äußerstes aufbot, trotdem sogar der Versuch einer öffentlichen Anleihe in Gestalt der Ausgabe von künftige einzulösenden Bons von 15 Sgr., nach Mazzinischem Muster, gemacht wurde, trotdem all diesen heißen Bemühungen, bei denen es galt, diesem Vereinswesen die ersten Spuren zu verdienen und damit einen unerschöpflichen Vorsprung für die Propaganda zu erreichen, kam die Sache zum Scheitern."

So organisierte Max Hirsch, der sich noch im September auf dem Berliner Arbeiterkongreß als ein Gegner der „Organisation des sozialen Krieges" gerierte, im Dezember desselben Jahres seine Truppen für den sozialen Krieg.

Und nun die Sozialdemokraten, wie stellten diese sich zu dem mit völlig ungenügenden Mitteln provozierten Streik? Der Ausschuß der sozialdemokratischen Partei zu Braunschweig erließ am 15. Dezember 1869 einen Aufruf, worin er sich bereit erklärte, den Streik zu unterstützen. Es hieß darin:

„Wir fragen nicht darnach, ob Ihr die Grundsätze unserer Partei erkannt oder begriffen habt; wir fragen nicht darnach, ob auch in Eure Seele schon die Begeisterung hineingebauht ist für die ewig wahren, für die heiligen Prinzipien der Demokratie und des Sozialismus! Ihr seid Arbeiter, die mit den Feinden der Arbeit im Kampfe liegen, Ihr seid unsere Brüder: das ist genug! Hier unsere Hand zur Hilfe!"

Ferner erschien folgender Erlaß: „An die Mitglieder der Internationalen Arbeiterassoziation: Einer der größten, einer der berechtigten Streiks ist ausgebrochen in Deutschland! 8000 Bergarbeiter (im Waldenburger Kohlenbezirk) kämpfen maßloser Unterdrückung gegenüber für eine menschenwürdige Existenz. Es gilt den Beweis zu liefern, daß die Arbeiterinteressen gemeinsam sind über den ganzen Erdball, es gilt den Beweis zu liefern, daß die ganze Arbeiterfamilie es empfindet, wenn eines ihrer Glieder von Vampyren der menschlichen Gesellschaft unerträglich gemartert wird, es gilt den Beweis zu liefern, daß die ganze Arbeiterfamilie eintritt für das gemarterte Glied, um ihm seinen Unterdrückern gegenüber zum Siege zu verhelfen. Wir wenden uns daher vertrauensvoll an Euch, Mitglieder der I. A. U., mit der dringenden Bitte, unseren schlesischen Brüdern beizustehen! Wir helfen Euch wieder, wo und wie es uns möglich ist. Gaben werden angenommen von der Redaktion des „Volksstaats" (Abt. W. Liebknecht, Leipzig, Braunstraße 11), und von denselben nach Waldenburg übermittelt. Aber die eingegangenen Gelder wird im „Volksstaat" quittiert. Auch an die Redaktionen aller anderen Blätter, welche Mitglieder der I. A. U. zu ihren Lesern haben, ergeht die Bitte um Abdruck dieses Aufrufs und um Hilfe."

Darob großes Entsetzen bei den Generalratsmännern, sie winkten herablassend ab und erklärten in offizieller Weise: „die Mitglieder der Fortschrittspartei müssen uns helfen, denn wir helfen ihr bei den Wahlen." Und diese Bourgeoispartei, die sowieso die moralische Pflicht zum Helfen hatte, half mit lumpigen 26 000 Thalern aus. Sie tat auch noch ein übriges, indem sie am 17. Januar 1870 im Abgeordnetenhaus durch den Abgeordneten Duncker die Regierung interpellierte, weil diese sich geweigert hatte, die Streikenden in den Staatshüttenwerken in Arbeit zu stellen. Sie sandte endlich auch noch eine Deputation von Arbeitern an den Kronprinzen, die den Bescheid erhielt, er könne hierbei nichts tun. Als alles nichts half und die Fortschrittspartei auch kein Geld mehr hergeben wollte, mußte der Generalrat am 24. Januar den Bergarbeitern erklären, daß sein Latein zu Ende sei; es wäre das beste, wenn sie zu Kreuze kröchen und die ergrimmten Grubenbarone um Gnade anbetteln. Warum — schrieb R. Meyer — hatte die Fortschrittspartei, die doch reich Männer genug

hinter sich hat, nicht mehr Geld aufgebracht, warum ließe sie die Arbeiter so schmachlich im Stiche, die sie durch ihre Einmischung auch noch der Hilfe der sozialdemokratischen Arbeiter beraubt hatte? Einfach deshalb, weil sich in der liberalen Fabrikantenwelt ein Schrei der Entrüstung gegen die Aufhebung der Arbeiter gegen die Unternehmer" durch Fortschrittler erhob. Die Partei fürchtete die Gunst dieser Leute, zu denen sie doch selbst meistens gehörte, zu verlieren und opferte deshalb die Arbeiter den Fabrikanten, deren Bündnis ihr vorteilhafter war."

Das ist die Geschichte der „Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine" in ihren ersten Anfängen. Nie haben die Herren es mehr gewagt, nach dieser furchtbaren Niederlage gegen den Unternehmerstachel zu löcken. Immer sind sie ihrer Devise vom 23. April 1871: „jede prinzipielle Feindseligkeit gegen das Kapital auszuschließen" getreu geblieben. Daß ihr lendenlahmer Wahlspruch: „Gleichberechtigung, Vereinbarung, Schiedsgericht" sie im Zeitalter der sich immer mehr verschärfenden Klassenkämpfe zu willfährigen Bundesgenossen der Scharfmacher und Formierung von Streikbrecherkolonnen machen mußte, versteht sich am Rande und liegt für jeden, der seine Augen offen hält, klar zu Tage.

Für denkende Arbeiter braucht es da keines weiteren Beweises.

Soziales und Parteileben.

Bergarbeiterbewegung im Niederlausitzer Braunkohlrevier. In Jütendorf bei Senftenberg waren am Sonntag die Vertrauensleute und Schachtdelegierten des Bezirks verammelt, um die Antworten der Unternehmer auf die am 11. August auf der Bergarbeiterkonferenz aufgestellten Forderungen entgegenzunehmen. Im Auftrage der aus fünf Mitgliedern bestehenden Lohnkommission erstattet den Bericht Garbe-Senftenberg. Er führt aus, daß den Verteilungen folgende Forderungen unterbreitet worden sind: 1. a) Einführung der neunhündigen Arbeitszeit inklusive einer einhalbstündigen Pause. Als Einführungszeit ist der 1. Oktober d. J. festgelegt. b) Für alle Fabrikarbeiter ist bei einer zwölfhündigen Schichtzeit eine zweistündige Pause einzuführen. c) Überschichten und -Stunden sind zu vermeiden und nur bei Gefahr für das Leben der Arbeiter oder zur Sicherung des Betriebes zulässig. 2. a) Für sämtliche Arbeiter, welche auf dem Werke beschäftigt sind, eine Lohnzulage von 15 Prozent. Der Lohn für Hauer soll nicht unter 4,50 Mk., für Schleppler nicht unter 4,20 Mk., für volljährige Fabrikarbeiter nicht unter 3,50 Mk., für jugendliche Arbeiter im Alter von 18 bis 21 Jahren nicht unter 3,25 Mark betragen. b) Bezahlung aller Nebenarbeiten, als Schienen- und Mattenlegen, Holzstellen usw. c) Bei Betriebsstörungen, welche länger als eine halbe Stunde dauern, sollen die Arbeiter mit anderer Arbeit beschäftigt werden und die Zeit nach dem bestehenden Schichtlohn bezahlt erhalten. d) Abschaffung aller Prämiengebilde. e) Einführung der achtstündigen Lohnzahlung auf den Werken, wo dieselbe noch nicht besteht. Der Lohn soll am Freitag jeder Woche ausgezahlt werden. f) Die Arbeitsordnung ist den Forderungen entsprechend abzuändern. 3. Aufhebung der Sperre. 4. Holz ist in genügender Menge und zurecht an die Endstation der Grube zu liefern. 5. Für gutes, frisches Trinkwasser haben die Verwaltungen in den Gruben und Fabriken zu sorgen. 6. Ausreichende Badeanstalten und Umkleieräume sind einzuführen. Wo der Tagebau weiter als 10 Minuten von der Fabrik entfernt liegt, sind auch dort Badeanstalten zu errichten. 7. Bessere Transportmittel für Verletzte und Kranke sind anzuschaffen. 8. Humane Behandlung der Arbeiter durch die Beamten. 9. Vollständige Bewegungsfreiheit für alle Arbeiter, welche in Werkshäusern und Kasernen wohnen. 10. Infolge dieser Lohnbewegung dürfen keinerlei Maßregelungen erfolgen. Von den Werksbesitzern ist die Kommission überhaupt keiner Antwort gewürdigt worden! Redner führt einige Zahlen über Unternehmerrgewinne an, aus denen hervorgeht, daß der Geschäftsgang ein geradezu glänzender sei, die Überschüsse so hoch wie noch nie gewesen sind und daß es eine Prookation der die Werte erst geschaffenen Bergknappen ohnegleichen darstelle. Redner erucht die Belegschaftskommissionen, sich auszusprechen, und legt die Entscheidung in deren Hände. In der Diskussion kommen haarsträubende Dinge zu Tage. So hat man von Grube „Eisabethsgrube" den Arbeitern versprochen, vom 1. August ab je 5 Mk. Mietsentschädigung zu gewähren; es ist aber bei der bloßen Versprechung geblieben. Von Wagen, die nicht gut gefüllt waren, hat man die Marken weggenommen und die Arbeiter um den Lohn dafür gestellt. Wurde die Bezahlung verlangt, hieß es: „Gut, Ihr bekommt ihn bezahlt — aber 50 Pfg. Strafe! Die Bahnen sind in schlechtem Zustande, das Wagenmaterial taugt nichts. Ein Redner hat für 80 Pfg. pro Schicht Brickets verladen. Als er sich einmal verah, kam der Meister und latschte mir für die 80 Pfg. noch eine kräftige Backpfeife runter!" schließt er unter großer Bewegung der Versammelten. Auf Grube „Providentia" ist schlechter Brand trotz der angebrachten Ventilatoren. Bei der schlechten Wetterführung sind von Häuern 3,45 Mk. Schicht verdient worden. Auf „Horliger Wert" ist die Leute stube jahrelang so schmutzig gewesen, daß der Dreck periodisch mit der Hacke weggeräumt werden mußte. Von der Decke rieselte der schwarze Staub den Leuten aufs Brot. Ein Bergmann bezeichnet die Grubenarbeit im Niederlausitzer Revier als menschenunwürdig im höchsten Grade. Die Behandlung durch die Beamten sei skandalös; die Menschen könnten sich nicht haben, sie sind gezwungen, wie die Schweine zu leben: (In ihrer schändlichen Unbeholfenheit machen die Darstellungen einen erschütternden Eindruck.) Als infolge schlechter Wetterführung es im Schachte nicht brannte, meinte der Beamte, zu dem sich die Leute um Abhilfe wandten: „Streck den Finger in den Hintern, da habt Ihr Licht!" Beamte tragen Schußwaffen und drohen, davon Gebrauch zu machen. Durch das schlechte Gedingsystem ist es nicht möglich, die Pausen einzuhalten; die Beamten hegen die Arbeiter gegeneinander, stiften Unfrieden, um die Leistung aufs Höchstmögliche zu steigern. Dann wird mitgeteilt, daß mündlich erklärt worden sei, man wolle keinen Pfennig bewilligen. (Bewegung und Pfui!-Rufe.) Wir sind gezwungen, die Broden hingsumzuwerfen!" (Stürm. Beifall.) Alle Vergleute betonen, daß unbedingt an der Forderung der neunhündigen Schicht festgehalten werden muß. Sie bringen zur Geltung, daß man in den Massen bereits ungeduldig über den endlichen Ausgang zu werden beginnt. Auf das Verlangen nach Abstimmung erklärt der Vorsitzende, daß die endgültige Entscheidung erst die Versammlungen am Nachmittag zu fällen haben. Die Abstimmung darüber, ob die Forderungen aufrecht zu erhalten sind, ergibt ein stimmige Annahme. Der Vorsitzende gibt noch bekannt, daß die Unternehmer in der bürgerlichen Presse die Nachricht verbreiten, sie wollten chinesische Kulis einführen — offenbar nur zu dem Zweck, um die Arbeiter einzuschüchtern. Der Vertreter des Metallarbeiterverbandes erklärt, daß in den nächsten Tagen auch seitens seiner Organisation Kom-

